

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.- Mk., für 1 Monat 3.- Mk. (Vorkasse vierteljährlich 10 Pfg., monatlich 30 Pfg.) — Postkontonr. Nr. 53 477. Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauscher Straße 10 21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Zeile 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Zeile mit Plagvorschritt 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Zeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die 7 gespaltene Zeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10 21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Halblägiger Demonstrationstreik in Berlin Um das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die heutige Ausgabe der Freiheit veröffentlicht folgenden Aufsatz:

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angehörige

Die Nationalversammlung tritt heute morgen 9 zusammen. Sie hat den Antrag, das Betriebsrätegesetz durchzusetzen. In diesem Gesetz paart sich Fortschritt mit Modernität. Wirtschaftliche Demokratie schenkt man auch geben zu wollen, in Wirtschaft will man auch wieder sein. Das kapitalistische Wesen, schmeiden, will man die Betriebsräte zu Manneken des Unternehmertums machen. Kann man eine solche Geisteswanderung nicht gestalten? Jetzt der Kräfte wälzen in der Nationalversammlung. Ist ihr auch nicht zu bedenklichen Objekten der Gesetzgebung erwidert werden sollen.

Besetzt daher heute mittag 12 Uhr die Betriebe. Demonstrieren in Waffen vor dem Reichstage!

Beweist der Regierung und der herrschenden Gesellschaft, daß ihr erst die letzte Ermächtigung der Revolution, die revolutionären Betriebsräte nicht rauben lassen will. Auf zum Kampf! Wieder mit dem Betriebsrätegesetz! Auf zum Kampf für das volle Arbeitsrecht und Arbeitsrecht für revolutionäre Betriebsräte, für das revolutionäre Betriebsrecht!

Der Kampf ist unterzeichnet von der größten Zahl der Berliner Gewerkschaften, so vom Metallarbeiterverband, vom Eisenarbeiterverband, vom Bauarbeiterverband, vom Fabrikarbeiterverband usw. Ferner vom Reichsbanner der Berliner-Brandenburg der N. S. F. D. und vom Reichsbanner Groß-Berlin.

rover aus getraut wurde und beschuldigt wird, Straftatwindeln zu haben, verurteilt sich bei der Festnahme die Polizeibeamten zu den schrecklichen und sich so das Leben zu nehmen. Er konnte daran aber rechtlich gehindert werden. Immerhin hatte er sich schon eine so schwere Verletzung zugezogen, daß er von der Straftatwache nach der Verhaftung getötet werden mußte. Von dort wurde er schon nach Auflegung eines Netzes nach dem Berliner Volkspolizei-Präsidenten verbracht. Der Verhaftete gab zunächst an, Berlin zu verlassen und in der Kaiserin-Augusta-Straße zu wohnen. Früher konnte ich mich auch v. Friede und auch von v. Pappendorf.

Es scheint sich in diesem Falle um den im Prozeß vielbesprochenen unbelannten Offizier zu handeln, der vom Kritiker der Anstaltsverwaltung aus dem tödlichen Kampf auf Genossen Pappendorf abgeworfen hat.

Es ist demnach allem Anschein nach das Unglück dieses Mitglieds der roten Werte, die man auf die revolutionären Kämpfer geschlossen hatte, daß es neben gewöhnlicher Wundtätigkeit an den Seiten aus den Reihen des revolutionären Proletariats auch noch allseitig andere gewisse Schwächen besitzt, derenwegen die Polizei auf seine Spur geriet und nun, statt des Schwunders den Arbeiter erwischte. Aber noch darf er hoffen. Den Marob, Bogel und Co. ist auch kein Haar gekrümmt worden.

Bei dieser Gelegenheit darf übrigens die Militärjustiz, wieder einmal demnach gekannt werden, wie es dem eigentlichen mit dem schon fast laienhaft gewordenen Anstaltsverfahren gegen den Oberleutnant Bogel geht. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Öffentlichkeit über diese immerhin nicht unbedeutende Angelegenheit einmal unterrichtet würde.

Wirtschaftliche Kämpfe in Frankreich.

Paris, 5. Januar.

L. J. Frankreich hat unter dem Kriege juristisch gelitten; es blutet noch aus tausend Wunden; es leidet seelisch und leidet ökonomisch.

Und wie es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht anders sein kann: alle Leiden der materiellen Entblößung fließen auf den Proletariat ein; mit seinen leeren Händen geht er wehrlos da; weil er täglich das Gerümpel, das er erarbeitet, verzehren muß, wird er täglich neu um die besten Früchte seiner Arbeit betrogen. Es ist seine Gesundheit zerstört, die dem Wohnungswucher in dämpfen Lüften geopfert wird; es ist sein Leib, der in der weiten, dünnen Wüste allgemeiner Not als erster hinwinkt.

Die verzweifelte Bedrängnis der verarmten Volksmassen kommt in gewerkschaftlichen Kämpfen täglich schärfer offen zum Ausdruck; seit dem Abschluß des Waffenstillstands durchzieht eine lange Reihe von wirtschaftlichen Kämpfen fortlaufend von einem Ende zum andern das Land.

Die ausgedehnten Streiks der Angestellten der großen Pariser Warenhäuser und der Typographen wurden abgelehnt von zahlreichen kleineren Bewegungen in Paris und in der Provinz. Augenblicklich steht das Personal der Pariser großen Oper im Streik. Durch lange Monate zogen sich die Verhandlungen hin zwischen den Gewerkschaftsvertretungen und der Direktion. Die verlangten Gehaltserhöhungen wurden immer wieder hinausgeschoben, nach langem Hin und Her für den Monat Oktober in Aussicht gestellt und vielleicht doch verweigert.

Dieser Streik des Operpersonals ist für die rasch fortschreitende Proletarisierung der Intellektuellen in Frankreich ebenso kennzeichnend wie der längst erfolgte Anschluß von 100 000 Lehrern an die nationale Gewerkschaftsorganisation (C. F. T.). Die unerbittlich schärfer werdende Teuerung hat die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Eigentumsordnung nach Proletarisierung des Mittelstandes außerordentlich beschleunigt. Gleich Hagelgeschloßen prasseln die Preiserhöhungen über das Land her und schlagen alle für Lohn arbeitenden in das selbe graue Einerlei des Glucks nieder: sie zwingen die Kopfarbeiter wie die Handarbeiter, den Kohlenhändler wie den Schaupisler zu einem erbitterten Kampf gegen den Unternehmer, zu einem Streik um simple, selbstverständliche Stückchen trockenen Brotes.

Vielleicht noch vor der Regelung der Differenzen in der Oper bricht ein neuer Kampf aus zwischen den Postbeamten und der Staatsverwaltung. Mit dem Inkrafttreten der vor einiger Zeit bewilligten Gehaltserhöhungen will die Administration die Teuerungszulage von 720 Frank fallen lassen. Die Gewerkschaft der Post-, Telefon- und Telegraphenbeamten verlangt jedoch unbedingt die Weiterzahlung dieser Zulage. Die Beamten halten gegenwärtig ihre öffentlichen Rundgebungen ab und es ist vorauszu sehen, daß der Gegensatz sich bald scharf zuspitzen wird.

Auf den 16. Februar hin drohen die Bergarbeiter Frankreichs mit dem Generalstreik, falls ihnen bis dahin die verlangte Alterspension von 1500 Frank nicht zugesichert sei. Der Landeskongreß hat dieses Datum festgelegt und die Gewerkschaft rüstet zum Streik. Finanzminister Klotz antwortete bis zur Stunde mit der Ausrede der „finanziellen Unmöglichkeit“. Ein Riesenkampf steht vor seinem Ausbruch, wenn den Bergarbeitern keine Konzessionen gemacht werden.

Seit dem 23. April 1919 ist das Gesetz über den Nachtstunden tag in Kraft. Eine ganze Anzahl von Unternehmen sabotiert das Gesetz; einzelne von ihnen greifen zur Aussperrung gegenüber den Arbeitern, die an den 8 Stunden euerlich festhalten. So verweigern beispielsweise die Unternehmer der Seifebischerei den Arbeitern den Nachttransporte auf der Seine; zugleich drohen sie mit der Ausscherrung.

Der Streik der Pariser Typographen ist noch in aller Einnahme und schon rufen die Unternehmer wie die Arbeiter für nahe neue Kämpfe.

Eine fast unabsehbare Reihe von Bewegungen steht bevor und immer neue treten hinzu: Metallarbeiter, Textilarbeiter (Lille-Kaubal-Lourcoing), Transportarbeiter usw.

Das obige Gewissen der Reichsjustiz verurteilt die folgende Meldung:

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Vorwärts erklärt der Reichsbannerbund Groß-Berlin der S. P. D. einen Aufruf, in dem den Unabwägigen Wert an der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands vorgeworfen wird, weil die Faktion der Unabhängigen in der Nationalversammlung seit Monaten sich an den Kommissionenberatungen zur Vertiefung des Betriebsrätegesetzes nicht beteiligt habe. Jetzt, wo die letzten entscheidenden Kämpfe um das Gesetz im Parlament ausgetragen werden sollten, fordere „in unverständlichen Größenwahn“ die Partei, welche in ihrem letzten Vorstandbericht auf dem Leipziger Parteitag den großen Mangel an aktiven Kräften zur besseren Führung ihrer Organisationsorgane bitter beklagt habe, das volle und uneingeschränkte Arbeitsrecht über die Betriebsführung des landesweiten kommunistischen wirtschaftlichen Apparats von ganz Deutschland. Es heißt dann weiter:

Arbeiter, Angehörige, Beamte! Durchschau die Mandate dieser politischen Mitspieler. Erreut, sollen die Massen unter falscher Flagge in den Kampf. Nicht um das Betriebsrätegesetz, sondern um Kampf um die politische Macht sollen die Massen auf die Straße geworfen werden. Sie wollen den Kampf um jeden Preis, sie wollen den Streik, sie wollen das Millionen immer noch mehr hungern... Seid auf der Hut! Die Vertreter der Demokratie liegen auf der Lauer, um aus der Verabschiedung eines Gesetzes, an dessen Verwirklichung sie schuldiger sind als die schändlichen Reaktionäre, ihre kommunistischen Verbündeten zu machen. Seid auf der Hut und folgt ihnen nicht!

Aus diesen Worten spricht die bloße Angst vor den Wirkungen der sozialistischen Kampfpolitik auf die Arbeiterklasse.

Monarchistische Propaganda in der Reichswehr.

Berlin, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts enthält folgenden charakteristischen Bericht aus Leipzig: Am Dienstag, 6. Januar, nachmittags um 2 Uhr, fand in Leipzig eine Reichswehrversammlung statt, zu der ganz geheim, von Mund zu Mund, die Einladung ergangen war. Die Soldaten wurden nachweislich abteilungsweise in Militärautos zum Versammlungsort befördert. Ein Feldwebel aus Görtz las von einem gedruckten Zettel eine Rede für den deutschnationalen Soldatenbund vor, in der die schärfsten antisemitischen Angriffe fielen. Aber es wurde auch behauptet, daß die Monarchie, die baldigst wieder eingeleitet werden müßte, unser Vaterland retten könnte. Es handelte sich also um eine monarchistische Versammlung, in der eine Propaganda betrieben wurde, die direkt gegen den Fahnenhut, mit dem die Reichswehr auf die Reichsverfassung verpflichtet worden ist, verstoßt. Der deutschnationale Parteisekretär aus Breslau wünschte der Versammlung bei.

Roske-Zustiz.

Der Redakteur des Ruhr-Echo, Genosse Dr. Stern, wurde am Sonnabend von dem außerordentlichen Richtergericht Essen wegen Verleumdung der Technischen Reichsanstalt in der Verleumdung des Genossen Stern zu einer Geldstrafe von 8 Tagen verurteilt. Gen. Stern hatte in einem Artikel aus Anlaß des Ritterfelder-Generalstreiks die Technische Reichsanstalt als Streikbrecher-Organisation bezeichnet.

Widerstands kann unser Essener Parteiblatt, das Ruhr-Echo, bereits seit Freitag nicht mehr erscheinen, da infolge des Eisenbahnerstreiks die Papierlieferungen ausbleiben sind. Wenn das Wiederer scheinen möglich ist, steht noch dahin, bei der aktuellen Ereignissen in der sich die Arbeiterklasse des Ruhrbezirks, sowohl Eisenbahner wie auch vor allem die Bergarbeiter, zur Zeit befinden, bedeutet das Nichterscheinen unserer Zeitung eine außerordentliche Gefahr.

Belagerungszustand im besetzten Rheinland.

Berlin, 13. Januar. (Z. M.) Weber die Streitkräfte im Rheinland, ist gestern früh von der britischen Wehrmacht der Belagerungszustand verhängt worden. Die Straßen müssen um 9 Uhr abends geräumt sein; Ansammlungen sind verboten. Am Sonnabend werden über hundert Personen von der Leitung des Streiks der Arbeiter des Elektrizitätswerks verhaftet, was die Parole zum allgemeinen Ausstand bildete. Mehrere Ortschaften stehen unter Wasser und drohen zu erlaufen.

Schwere Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg, 13. Januar. Nach der Oberhambur, Feinmann es in Hamburg Montagmittag zu Plünderungen. Die Plünderer stürzten das Rathaus, benachbarten sich der Alten, warfen sie auf die Straße und raubten Geschäfte aus. Die Unruher dehnten sich später auch auf Marxloh und Brockhausen aus. Zwischen den Plünderern und der Polizei kam es zu heftigen Kämpfen. Gegen Abend war die Ordnung noch nicht wiederhergestellt.

Der Schwindel ist nicht loszukriegen.

Das bekannte Leipziger Phänomen, die Leipziger Neuesten Nachrichten, bringen heute eine eigene Berliner Meldung, wonach seit Freitag Konferenzen kommunistischer Arbeiterräte des Reichs in Berlin stattfinden. In einer Sitzung der Berliner revolutionären Betriebsräte am Sonnabend habe wieder Herr Räder teilgenommen.

Es ist schon vor einiger Zeit gegenüber ähnlichen Schwindelmeldungen festgestellt worden, daß Genosse Räder gar keine Möglichkeit hat, an solchen Sitzungen teilzunehmen, da er bis zu seiner Auslieferung nach Russland in Berlin interniert ist und von Kriminalbeamten in seiner Wohnung, wie überhaupt auf Schritt und Tritt kontrolliert wird. Das hindert natürlich das alldemokratische Leipziger Volk nicht an der gewissenlosen Verbreitung des aufgewärmten Schwindels.

Der Mörder Rosa Luxemburgs verhaftet?

Die tägliche Rundschau berichtet:

Unter dem Verdacht, an der Ermordung der Rosa Luxemburg beteiligt gewesen zu sein, wurde am Sonnabend ein Schneidermeister der 23 Jahre alte Leutnant Theodor Fries von Sicherheitsbeamten der Staatwache festgenommen. Er ist, der auch von Han-

Der reaktionäre Bund hat am 10. Dezember bei den Kammerwahlen seinen Sieg erlangt. Seine Mehrheit in der freien Presse weiter auszubauen, hat es sich vorgenommen und schon zu haben hat. Dann treibt er die Arbeitermassen zur Verzweiflung. Er will die Kammer die Gesetzgebung über die wirtschaftliche Schicksalfrage erledigen, wie die Abgeordneten wissen. Wenn der Bund seinen letzten Versuch der Verwirklichung des Reichstagsrats der Einzelfunktionäre nicht abgibt, dann wird die Reichsfunktionäre der sogenannten Oberklasse der Reichsregierung aus neue befehlen. Ein großer Teil der Vereinigungen der Staatsarbeiter und -angestellten ist in Bewegung umgewandelt worden: so jene der Steuer- und Zollbeamten, der Lehrer, der Post-, Telefon- und Telegraphenbeamten, der Angestellten der Ministerien, selbst der Reichsinspektoren; manche von den umgewandelten Verbänden haben sich schon der C. S. T. angeschlossen und weitere werden folgen.

Freilich kann die Lage in Frankreich nicht als eine revolutionäre bezeichnet werden; aber man muß dennoch auf große Überraschungen gefaßt sein. Seit Kellogg-Abmachung hat die amerikanische Welt hart abgeerbt und die finanziellen Schwierigkeiten wachsen allenthalben riesenhaft an. Jeder der großen kaperierenden Kräfte wird seine politischen Wirkungen ausüben und gibt unter Umständen den Anstoß zu politischen Revolutionen.

Die Militärdiktatur in Deutschland.

Die Erklärung des Auswärtigenamtes über große Teile Rheinlands-Westfalens, der militärische Versuch der Regierung, die Streikbewegung der Eisenbahner und der Bergarbeiter mit Polizeikraft und Maßnahmen anderer niedriger Stellen, ist, wie ich jetzt heraushebe, die prominente Erfüllung eines Tittels der Militärdiktatur durch die deutsche Militärgewalt. In der auswärtigen Presse ist ein Bericht veröffentlicht worden, der in Reichswehrtruppenkommando in dem spanischen Vitiwiti enthalten ist, und der von dieser militärischen Stelle der Reichsregierung als politische Direktive übermittelt worden ist. In diesem militärpolitischen Schriftstück heißt es:

„Ueberschreitung durch Polizeigewalt von Osten, Völkervertrag im Innern und der Zusammenbruch des Reiches kann nur verhindert werden, wenn die Regierung in Lebensfragen der Nation sich nicht überwindet. Die Organisationskräfte der Nation sind nicht zu unterschätzen. Die Reichswehr, die Sicherheitspolizei, die Einwohnervorposten, dürfen nicht angefaßt werden. Jedem Teufel der Koalition der Gegner in dieser Richtung muß Hindernisse werden.“

„Ausgedehnte Streiks, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen, müssen verhindert werden. Wenn sie ausbrechen, so muß die unmittelbare Verhängung des Reichsnotverordnungsstandes die Grundlage für ihre Bekämpfung bilden. Sie sind augenblicklich nicht als gewalttätige Vorkommnisse anzusehen, sondern haben beinahe durchgehend politische Motive. Scharfe Abwehrmaßnahmen gegen sie sind durch das Recht der Notwehr geboten. Die Regierung muß auch in Ehrenfragen der Nation sich bleiben. Unter keinen Umständen dürfen gegen die Deutschen, deren Auslieferung von der Entente gefordert wird, Zwangsmaßnahmen von der Regierung gebildet werden. Die Reichswehr würde dafür nicht zu haben sein. Andererseits darf die Regierung, wenn sie obige Wünsche der weit überwiegenden Mehrheit der Nation erfüllt, überzeugt sein, daß diese weit überwiegende Mehrheit der Nation hinter ihr steht. Eine gefährliche Reaktion von rechts ist nicht vorhanden und mangelhafte Angriffe der Unterabteilungen werden mit Sicherheit niedergeschlagen.“

Die Einheit dieses Schriftstücks hat das Kommando Vitiwiti alsbald durch eine Post-Andeutung offenbaren müssen. Es erklärt darin zwar, daß der Wortlaut nur den Vorentwurf einer untergeordneten Dienststelle darstelle, die endgültige Fassung sei in wesentlichen Punkten geändert worden. Das Wort wesentlich wird man ernstlich bezweifeln müssen. Trübe es zu, so hätte es ja das Reichswehrtruppenkommando selbst, den geänderten Wortlaut mitzuteilen. Da es das unterläßt, geschieht es offensichtlich zu, daß das endgültige Dokument im wesentlichen daselbe wie der Vorentwurf enthält.

Es zeigt sich also, daß die militärischen Stellen nach wie vor die eigentliche Regierung Deutschlands sind. Sie erteilen den sogenannten Regierungsbefehlen ihre Befehle, die die Zivilgewalt befehlen, wie die Verordnung über Rheinlands-Westfalen beweist, diese Befehle auszuführen. Vitiwiti bezieht, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören sei, daß ausgedehnte Streiks verhindert werden müssen, und die Regierung gehorcht.

Charakteristisch für die Bestimmung dieser militärischen Maßnahmen, die über Deutschland gehen und die der angestrebten Reichsregierung nicht verweigern, daß eine gefährliche Reaktion von rechts nicht vorhanden ist, ist der Fall über die sogenannten „Ehrenfragen der Nation“. Unter keinen Umständen, so diktiert Vitiwiti, darf die Regierung Zwangsmaßnahmen gegen Deutsche verfügen, deren Auslieferung von der Entente gefordert wird, und drohend sei es hier: „Die Reichswehr wäre dafür nicht zu haben.“ Wonach die Regierung sich zu richten hat. Aber von einer gefährlichen Reaktion von rechts ist nicht die Rede — verifiziert Vitiwiti.

So diktiert die Generale der Regierung die Politik im Innern wie nach außen. Ihre Politik der Gewalt, ihre Politik der Konjunktur, und die Regierung, in der die Militärs die Mehrheit haben, macht diese Politik des Abwärtens mit gefährlichsten Augen, bis die erwachte Arbeiterklasse dem Zuanal ein Ende macht.

Die Biller Kriegsschrift.

Während die reaktionäre Presse unter Äußerungen aller übrigen Mütter und eines nicht geringen Teils der rechtsfunktionalen Kreise gegen die Auslieferung der Kriegsschuldigen lebt, ist, wie die Regierung, deren Pflicht es wäre, die als Vandalen zu bezeichnen, die heute das deutsche Volk verkleinern wollen, die im Friedensvertrage unterschriebenen Bedingungen zu brechen. Aber mehr, die Regierung liefert der reaktionären Presse selbst das Material zur Agitation in der Auslieferungsafrage. Während der Regierung eigentlich die Pflicht obliegt, der Öffentlichkeit endlich das Auflagematerial zu unterbreiten, das sich auf die Verbrechen der Kriegsschuldigen bezieht, hält sie dieses auf das sorgfältigste zurück. Das deutsche Volk soll nicht erfahren, wie in systematischer Weise die französische und polnische Industrie aus purem Konkurrenzneid vernichtet worden ist, wie man Bergwerke zerstörte, Fabriken anspanderte, Rohstoffe und Maschinen hat. Das deutsche Volk soll nicht erfahren, wie unsere Offiziere, Soldaten, Bauern und Plünderer, wie die Bevölkerung verewaltigt, zur Zwangsarbeit abtransportiert und auf schmätliche mißhandelt wurde. Die Ereignisse in Lille sind in dieser Beziehung eines der traurigsten Kapitel des Weltkrieges überhaupt. Wie ist die deutsche Ehre mehr mit Schmach bedeckt worden als in dieser Angelegenheit. Jetzt erscheint im Beilage von Georg Stallum in Oldenburg eine Verantwortungschrift unter dem Titel „Aber Deutschland“, in der offenbar versucht wird, das Auflagematerial von vornherein zu entziehen. Die Denkschrift ist mit amtlicher Genehmigung und unter Benutzung amtlicher Quellen verfaßt

worden. Die Denkschrift trägt also in gewissem Maße die Verantwortung der „Denkschrift“ die Verantwortung. Sie über die „Denkschrift“ hervorgeht und der Presse zur Veröffentlichung vorgelegt werden kann, erscheint inhaltlich in allen wesentlichen Punkten den Veröffentlichungen aus dieser Denkschrift, die zur Verfügung der Pressebeamten dienen sollen. So, wie schon, die Regierung die Verantwortung für die Verwirklichung der Denkschrift trägt, so muß sie für diesen neuen Standpunkt verantwortlich gemacht werden. Die Regierung hat jedoch der Nationalen Presse das Material geliefert, damit diese Stoff für ihre ständige Agitation in der Frage der Kriegsschuldigen zur Verfügung hat. Dieses Verhalten der Regierung zeigt sich nicht nur bei der Veröffentlichung des oben erwähnten Rohstoffes und der deutschen Kriegsschuldigen an, bei denen man erwarten darf, durch einen Wechsel die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Regierung zeigt immer wieder, daß sie überall als die Vertreterin des alten monarchischen Systems auftritt. Je mehr möge im Hinblick auf die Zukunft ihre Gründe dafür haben. Diese Regierung aber, die systematisch all ihren erzwungenen Veröffentlichungen über Kriegsschuld und Kriegsschuldigen zum Zwecke der Stimmungsgewinnung und der Verschleierung der Tatsachen Vorschub und Erläuterungen voraussetzt, diese Regierung, die inhaltlich keine Ursache, kann der ihr angehörigen Presse sich in dem Munde der Unschuld zu stellen. Die aller Kriegsschuld wird durch diese eigenartigen Aufklärung nur um so sorgfältiger, um so lehrreicher und um so misstrauischer auf ihre Zuverlässigkeit zu geprüft werden müssen.

Die Kosten der notwendigsten Lebensmittel!

12 000 Mk. jährlich das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie!

Professor Dr. Arthur Silbergleit, der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, hat jedoch eine außerordentlich wertvolle Untersuchung über die Kosten der zur Ernährung unbedingt notwendigen Lebensmittel veröffentlicht. Seiner Berechnung zugrunde gelegt ist die Annahme, ein erwachsener Mensch brauche täglich zur Erhaltung seines Lebens und seiner Arbeitskraft eine Mindestmenge von 3000 Kalorien. Er bleibt mit diesem Satz hinter dem zurück, der vor dem Kriege für notwendig gehalten wurde und auch hinter dem von der internationalen wissenschaftlichen Versorgungskommission am 26. März 1918 für erforderlich gehaltenen. Die erforderliche Fettmenge sei Silbergleit auf 60 Gramm fest, während die internationaler Kommission 75 Gramm für nötig hielt. Es kann also nicht gesagt werden, Silbergleit hätte den Mindestnahrungsmittelbedarf zu hoch angesetzt und sei dadurch zu falschen Schlüssen gekommen. Im Gegenteil! Berücksichtigt Silbergleit durchaus die gegenwärtigen Verhältnisse und Beschaffungsbedingungen von Lebensmitteln, so daß die Mangelhaftigkeit seiner Ration nicht anzweifeln ist.

Silbergleit gelangte zu seinen Ergebnissen durch die Preisfeststellungen der in den Untersuchungsperioden zugekauften Lebensmittelrationen sowie derjenigen Lebensmittel, welche aus dem freien Handel bezogen wurden. Die Preise der ersten Gruppe sind öffentlich festgesetzt, die der letzteren ermittelt er durch wiederholte Erhebungen bei Verbänden und Konsumenten. Nach seinem Feststellungen mußte ein Erwachsener in der Zeit von Mitte Juni bis Mitte August 1919 ausgeben wöchentlich:

Für rationierte Lebensmittel	10,80 Mk.
Lebensmittel im freien Handel	7,81 „
nichtöffentlichen Verkauf	4,85 „
zusammen	23,46 Mk.

1919/20 Mk. müßte also nach dem Stande der Lebensmittelkosten im Sommer vergangenen Jahres ein Erwachsener jährlich für seine Ernährung ausgeben können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lebensmittel, welche zur Ergänzung der amtlichen Rationen notwendig sind, in der Silbergleitschen Aufstellung immer den wohlfeilsten Kategorien entnommen waren. Sie mußten zugekauft werden, wie die im Sommer 1919 zugekauften Rationen nur 71,7 Prozent des wöchentlich notwendigen Lebensmittelbedarfs deckten. Silbergleit kam zu diesem Ergebnis durch die Ermittlung der Wärmeeinheiten (Kalorien) der zugekauften Mengen.

Im November 1919 wiederholte der Berliner Statistiker seine Untersuchungen; das Ergebnis war, noch weit ungünstiger als im Sommer. Der Kaloriengehalt der im November zugekauften Lebensmittel hatte sich durch die Verteuerung der Fettstoffe, die im Sommer etwa 45 Gramm pro Tag bei 30, auf knapp 26 Gramm pro Tag und Kopf vermindert, auf 40,2 Prozent des unbedingt Erforderlichen. Nur durch den Zukauf von Fetten aus dem nichtöffentlichen Handel, die natürlich ganz wesentlich teurer als die Rationen waren und die nicht durch irgend welche andere Nahrungsmittel zu ersetzen gingen, konnte die Ernährung im November ausreichend gesichert werden. Ihre Kosten wurden dadurch sehr erheblich angehoben. Zu mußte der Erwachsene im November wöchentlich aufwenden:

Für rationierte Lebensmittel	10,58 Mk.
Lebensmittel im freien Handel	24,84 „
nichtöffentlichen Verkauf	16,87 „
zusammen	52,31 Mk.

Wenn die Verhältnisse im November für das ganze Jahr 1919 gültig gewesen, hätte also ein Erwachsener die horrenden Summe von 2720,12 Mk. allein für seine Ernährung aufwenden müssen. Das ist das Doppelte des Betrags, der nach dem Preisstande im Sommer 1919 nötig gewesen. Mit anderen Worten: In dem Vierteljahr von August bis November vergangenen Jahres sind die Preise für die notwendigen Nahrungsmittel um rund 100 Prozent gestiegen!

Zeit November vergangenen Jahres nun erhöhten sich die Preise für eine Reihe der wichtigsten und unerschließlichen rationierten Nahrungsmittel abermals gewaltig. Ein Kilogramm Brot stieg von 83 Pfg. auf 1,21 Mk., die gleiche Menge Butter von 1,1 auf 2,8 Mk., Margarine von 1,2 auf 1,45 Mk., Süßholzwurste von 2,50 auf 3 Mk., Marmelade von 2,00 auf 4,48 Mk. und Kartoffeln von 40 auf 50 Pfennig man völlig unerschließlich, daß die Preissteigerung für die genannten rationierten Lebensmittel ganz automatisch auch eine solche für nichtrationierte und im Schleichhandel befindliche noch sich ziehen wird, so bedeutet sie eine Vertiefung des notwendigen Lebensmittelaufwands gegen den November von 12,78 Mk. die Woche. Weicht der Preisstand vom Januar 1920 maßgebend für das ganze Jahr, so muß also ein Erwachsener bis zum 31. Dezember 1920 allein für seine Ernährung 2841,52 Mk. ausgeben können.

Da aber noch weitere Preissteigerungen rationierter Lebensmittel wie Zucker und Kartoffeln bevorstehen, genügt auch dieser Betrag nicht, um das absolut notwendige Nahrungsmittelquantum damit bezahlen zu können.

Man geht angesichts solcher Siffern nicht fehl, wenn man annimmt, daß eine Familie von vier Köpfen, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern in Großberlin für das Jahr 1920, wenn sich die Preisverhältnisse nicht wesentlich ändern, allein eine Summe von 8000 Mk. für die unbedingt notwendigen Lebensmittel ausgeben muß. Setzt man die Kosten für Miete, Kleidung, Schuhwerk, Heizung und andere Notwendigkeiten mit nur 4000 Mk. ein, was angesichts der wachsenden Kosten selbst kleinerer Reparaturen nicht zu hoch gegriffen ist, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das Existenzminimum im Jahre 1920 rund 12 000 Mk. beträgt!

Wieviel Dugend Arbeiterfamilien in Deutschland verfügen über ein Einkommen, das diesem Existenzminimum entspricht?

Die Streikbewegung der Eisenbahner.

Die Streiklage hat eine weitere Verschärfung erfahren. Im Osten hat der Streik auf Mittel- und Niederelb übergegriffen. Mitteldeutschland ist dieser von der Streikbewegung nicht erfaßt, doch ist auch hier mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen. Im Magdeburger Bezirk sind heute und morgen bereits eine Abstimmung über die Beteiligung am Streik statt. Auch in den Bezirken Halle und Erfurt ist, wie uns gemeldet wird, die Erklärungsfrage unter den Eisenbahnern groß. In Halle finden Verhandlungen über die Beteiligung in Lohn- und Wirtschaftsklassen statt. Angeht die Eisenbahndirektion anwesigen sein, unter allen Umständen an der von der Eisenbahnverwaltung festgelegten Einteilung in sechs Klassen festzuhalten. Da die Vertreter darauf nicht eingehen können, stehen auch hier ernste Differenzen bevor. Auch im Westen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich die Situation verschärft. Die Eisenbahndirektion Essen hat die Streikenden aufgefordert, die Arbeit spätestens am Mittwoch wieder aufzunehmen. Alle bis zu diesem Tage nicht Zurückgekehrten sollen entlassen sein. Die Drohung hat auch in diesem Falle die entgegengesetzte Wirkung gehabt. In einer starkbesuchten Versammlung der Streikenden wurde die Drohung mit Entrüstungs- und Wutausbrüchen aufgenommen. Einleitend wurde das von der Streikleitung vorgelegte Programm gutgeheißen, das folgende Forderungen enthält:

1. Nachzahlung der neuen Beiträge vom 1. 10. 1919; 2. Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung; 3. Erhebung des gesamten Industriegebietes in die erste Wirtschaftsklasse; 4. Sozialität mit den Forderungen der Eisenbahnbeamten; 5. Ausperrungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden.

Ueber die weitere Wirkung der Drohung der Eisenbahnverwaltung unterrichtet die folgende Meldung:

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der V. R.) Die Lage im Eisenbahnstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich nach Telegrammen der bürgerlichen Zeitungen weiter verschärft. Der Essener Hauptbahnhof ist gänzlich geschlossen worden. Die Essener Gewerkschaftsleitungen, die zunächst die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit angefordert hatten, haben jetzt selbst die Leitung des Streiks übernommen. In allen Versammlungen der streikenden Eisenbahner wurden die von der Regierung bewilligten Lohnverhandlungen als ungenügend bezeichnet. Es wurde beschlossen, bis zur erfolgten Erfüllung der Mehrforderungen mit rückwirkender Kraft vom Oktober 1919 an den Streik fortzusetzen. Das vom Oberbefehlshaber in Uebereinstimmung mit der Regierung erlassene Verbot der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe blieb nach dem Berliner Tageblatt ebenso wirkungslos wie der Aufruf der Reichsregierung an die unabhängigen Eisenbahner.

Inzwischen machen sich die Wirkungen des Streiks auf das Wirtschaftsleben überall bemerkbar. Im Elberfelder Bezirk verkehren keine Kohlen- und Lebensmittelzüge mehr. Nur einige Milchzüge fahren. Infolge dessen ist die Lebensmittelnot in dem Bezirk aufs höchste gestiegen; auch die Lage der Industrie ist geradezu katastrophal. Fast in sämtlichen Unternehmungen ist der Betrieb eingestellt.

In Düsseldorf müssen nach einer Verordnung des militärischen Befehlshabers die Kaffarets, Kinos, Bars und Konzertlokale gesperrt werden, weil nur unter dieser Bedingung die Streikleitung Kohlen liefert. Die Bedingungen der Streikleitung erfordern auch die Absperrung der gewerbetreibenden Betriebe von Strombezug; dadurch werden über zehntausend Arbeiter, die jetzt ohnehin nur sechs Stunden arbeiten, arbeitslos. Maßnahmen zu erreichen, war nicht möglich.

Nach einer Meldung aus Berlin sind im Essener Bezirk mehr als eine halbe Million Tonnen Kohle, die für die Industrie und als Hausbrand bestimmt sind, verladen, können aber wegen des Streiks nicht abgefahren werden.

Auch der Postverkehr ist in den westlichen Gebietsteilen stark in Mitleidenchaft gezogen. In einigen Bezirken der Rheinprovinz hat mangels Gelegenheit zur Fortschaffung und in Ermangelung von Raum zur Aufstapelung größerer Massen die Annahme von Postpaketen bereits gesperrt werden müssen.

Reichsverkehrsminister Belf erklärte einem Mitarbeiter des „Abendblattes“ über die Eisenbahnerstreikbewegung, der Ernst der Lage drohe unser ganzes Wirtschaftsleben. Schon jetzt machten sich die Folgen des Ausstandes schwer bemerkbar. Selbst nach Beendigung des Streiks würden die schädigenden Wirkungen noch fühlbar sein, da die aufgeschauften Vorräte erst allmählich wieder abtransportiert werden könnten.

Die preussische Regierung hat die folgende Verordnung erlassen: „Nachdem der Reichspräsident durch Verordnung vom 11. Januar auf Grund Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden die nötigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung getroffen hat, wird der auf Grund des preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand, insoweit er innerhalb dieser Gebiete noch besteht, hiermit aufgehoben.“

Diese Verordnung wirkt wie eine Verhöhnung der Arbeiterkraft, da der reichsgerichtliche Ausnahmezustand und die dem Militärbefehlshaber erteilten besonderen Vollmachten die gleichen Wirkungen hat wie der nun aufgehobene preussische Belagerungszustand.

Im übrigen liegen über die Streikbewegung noch folgende Meldungen vor:

Berlin, 12. Januar. Im oberelbischen Eisenbahnerstreik hat sich auf der Station Weisler die Lage etwas gebessert, ebenso in Harttor; einige Güterzüge werden wieder abgefahren. In Raitowitz hat die Kohle die Tätigkeit begonnen. Der Schnellverkehr wird aufrechterhalten, ebenso der Personenverkehr; auch die Manufakturabteilung ist nicht still. Der Hauptstreck der ganzen Bewegung liegt im Bentheim Bezirk.

Berlin, 12. Januar. Eine Versammlung von Vertretern in Breslau hat, laut Westfälischer Zeitung, den Eisenbahnerstreik in ganz Schlesien beschlossen; er soll am Mittwoch beginnen.

Düsseldorf 12. Januar. Wäher ist keine Veränderung der Streiklage eingetreten. Die Hauptstreikleitung hat in Berlin einen Antrag gestellt, wonach die Eisenbahnarbeiter bereit sind, die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen: Erhöhung der Höchstlohnzahlung auf die bewilligten höchsten Stundenlöhne von 10 auf 70 Pfg., rückwirkend vom 1. Oktober 1919; zugleich, um der gegenwärtigen Notlage abzuhelfen, eine Vorkaufsumme von 300 Mark, deren Sicherheit durch die bewilligte Lohnverhöhung gesichert ist.

Samm (Westfalen), 12. Januar. (Z. R.) Seit gestern ruht auch auf dem hiesigen Bahnhof der Verkehr. Auf der Strecke Hamm-Dortmund usw. verkehrt kein Zug mehr. Dagegen trafen von Münster noch einige Züge ein.

Metallarbeiter!

Freitag, den 16. Januar 1920, abends 1/7 Uhr, findet im Volkshaus

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung: 1. Anstellung von drei Beamten. 2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

An die organisierte Arbeiterschaft Gross-Leipzigs!

Arbeiter, Parteigenossen! 4 1/2 Jahre hat man uns ausgenutzt und ausgebeutet. Und heute läßt der Schicksalshandel mehr denn je. Das Schicksal selbst wendet seine Organe auf Kosten des arbeitenden Volks. Die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter steigen ins Unermessliche und werden künstlich weiter in die Höhe getrieben. Der Deutsche Händlerverband, der sich Berlin, bekämpft mit aller Schärfe den Arbeiter und den Handel. Der Deutsche Händlerverband will alle sozialistisch denkenden und fühlenden Händler, gleichviel ob Kleinhändler, Einzelhändler, Wärsch und Wärschende und Heufler, zu einer großen Organisation zusammenfassen, um dadurch die wirtschaftlichen Interessen besser wahren zu können. Der Deutsche Händlerverband steht auf dem Boden des Nationalismus, um so durch seine Verbindungen mit den Arbeitern, Betriebs- und Volksgenossen durch Preisfestsetzung auf den Markt zu wirken. Der Deutsche Händlerverband kämpft gegen das Großkapital. Arbeiter, Parteigenossen, unterstützt uns, denn unser Kampf ist Euer Kampf! Kauft nur bei organisierten Händlern, laßt Euch die rote Legitimationskarte des Deutschen Händlerverbandes zeigen, alle anderen Preise sind ungültig. Ihr schüßt Euch so vor Lieberverteilung.

Deutscher Händlerverband, Berlin SW 66, Schützenstrasse 53.

U. S. P. D. Gross-Leipzig. Alt-Leipzig, Bezirk Osten.

Freitag, den 16. Januar, abends 1/7 Uhr, findet im Restaurant Gute Burg, Johannisstr. 19/21, S. 1., eine Bezirks-Mitglieder-Versammlung statt mit dem Vortrag von Genossen K. Ryssel: Not und Teuerung als Kriegsfolgen. Gäste willkommen. Zahl: Behnd erwartet Der Vertrauensmann.

Böhlitz-Ehrenberg. Mittwoch, den 14. Januar, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Großen Eiche. Tagesordnung: 1. Vortrag vom Genossen Hirsch über: Die Aufgaben der Betriebsräte im allgemeinen. 2. Betriebsauswertung. Sehr wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Ortsgruppe Leutzsch des Zentralverbandes proletarischer Freidenker.

Mittwoch, den 14. Januar, im Schwarzen Jäger, II. Saal **Erste Mitglieder-Versammlung**

Referent: Arbeitersekretär Genosse Jahnke. Gäste willkommen.

Voranzeige! Mittwoch, den 23. Januar, öffentliche Wohnerversammlung. Thema: Arbeitsschick, Schule u. Kirche. R. F. Fern. Wenke-Dresden. Hiral. n. Volkshaus.

Metallarbeiter Verband

Sonntag, den 17. Januar, von 5 Uhr an, wird die letzte Streikunterstützungsauszahlung.

Goldarbeiter. Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 Uhr, 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Mittelst. Der Vertrauensmann.

Elektromonteur u. Meister. Mittwoch, abends 1/7 Uhr, Versammlung im Feinlebens-Isol., Windmühlweg. Tagesordnung: Antwort der Arbeitgeber zur neuen Lohnregulierung.

Schmiede. Versammlung aller in den Schmiede, Innungsbetrieben beschäftigten Kollegen Donnerstag, 15. Jan., abends 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1.

Vertrauensmännerversammlung Donnerstag, 15. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 1. Die Branchenleitung.

Automaten- u. Revolver-Einrichter. Donnerstag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, allgemeine Versammlung im Volkshaus. Die Tagesordnung ist außerst wichtig. Die Branchenleitung.

Osten. Vertrauensleute, Arbeiterausschüsse. Freitag, den 16. Januar, abends 1/2 Uhr, Sitzung in der Silberpappel. Das Agitationskomitee.

Werkzeugmacher und Einrichter. Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse. Freitag, 16. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Die Branchenleitung.

Kaufe alte Zahngebisse

Zähne, Platin, Brennstifte, Tegel zahle die höchsten Preise, jedoch kein Zahn, der echt ist, unter 2,50 Mk.

Platin per Gramm 120 Mk. Kaufe auch von Händlern, Dentisten, Zahnärzten zu höchsten Tagespreisen täglich im

Hotel Stadt Freiberg, Brühl 73, I., Zimmer 10

Montag bis Freitag von 11 bis 6 Uhr

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Sonntag, den 18. Januar, vormittags 9 Uhr im Volkshaus, Gesellschaftssaal

Konferenz aller am Bildungswesen beteiligten Instanzen.

Vortrag von Herrn Walter Hoffmann, Leiter der städtischen Bücherhallen

Leipziger Bibliotheks- und Bildungswesen. Aussprache über unsere Vereinsbibliotheken.

Zu dieser Konferenz sind die Mitglieder der Parteileitung, des Kartell-ausschusses, Bildungsausschusses, die Vorsitzenden und Bibliothekare der Ortsvereine, sowie die Genossen der Stadtverordnetenfraktion eingeladen.

Der Hauptvorstand, Johann Scheib.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Leipzig.

Mittwoch, den 14. Januar 1920, abends 5 Uhr Große öffentliche

Ratennagenerarbeiter- u. Arbeiterinnenversammlung im Volkshaus, Café.

Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern und Stellungnahme dazu. Wir erwarten von allen Branchenangehörigen, daß sie in dieser wichtigen Versammlung anwesend sind.

Arbeiter-Samariter-Bund, Leipzig Anzeiger zeigt hiermit allen Gewerkschaften und Vereinen die Übernahme des Postens als 1. Vorsitzenden an. Alle Aufwendungen sind an den 1. Vorsitzenden Arthur Ebermann, Leipzig, Gutenbergstrasse 4, I., zu richten.

Café Frieden Gesellschaft 12 Plätze der Altbaustr. u. Lorgauer Str. Singen, Klavier, Neue tolle Bedienung. 11 Wohnkassette. Wieder eingetroffen:

Zigaretten und Zigarillos Schweizerstumpen Zigaretten deutsche u. englische, in versch. Sorten zu äußersten Preisen.

Waren-Einkaufszentrale G. m. b. H. Leipzig, Yorkstr. 8. Telefon 18 107. Geschäftszeit v. 8 bis 1/2 Uhr.

Taschenlampen, Batterien elektrische Artikel Schuhmacher - Artikel Tischlerei-Artikel usw. empfiehlt

Böhse, Kaiserstr. 5.

Kalt! Nur Frau Willeke zahlt, wie Sie wissen, immer noch jeden hohen Preis für Ihre alten Sachen: Wäsche, Herrenkleider, Damenschachen, einzelne Möbelstücke, ganze Wirtschaft, Gold und Silber, Verlobungsstücke, Betten, Teppiche, alle alten Gegenstände mit Preisverl., Königstr. 12 Frau Willeke Tel. 18250 Tel. 18150

Pa. Obst-Melange! süß und dick Pfund 1.75 Mk. 3 Pfund 5.00 Mk. Eimer ca. 24 Pfd. 35 Mk.

Pa. Obst-Mus! süß schmeckend, ohne Rüben Pfund 1.45 Mk. 3 Pfund 4.25 Mk. Eimer ca. 22 Pfd. 28 Mk.

50 000 Pfd. pa. Braunschweiger Salz-Gemüse

Heringe in Tonnen und Eimern billigst. Grosser Versand franko Bahnhof Leipzig unter Nachnahme oder Vorkasse auf mein Postcheck-Konto Nr. 61588.

Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung Tel. 1422 Windmühlenstr. 42 Grosse Woche für Billige Lebensmittel!

Verein für Volksaufklärung Leipzig-West. Mittwoch, den 14. Januar abends 1/2 Uhr, im Vereinshaus, verl. Grenz- u. Meißelstr.: **Großer Vortrag** für Damen über: Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten. Mitglieder frei. Nichtmitgl. 50 Pf. Sonnabend, den 17. Januar, der Sänger-Christusfeier in der Abteilung im Vereinshaus. Der Vorstand.

Ratte Frauen überanstrengte, frange, apathische, gleichgültige, stille und wunsche Naturen, denen Lebenswonne unangenehm und ein Grauel ist, die mitunter von Widerwillen gegen den Mann erfüllt sind und ihn sogar des Liebesgütes berauben; Weien und Mädchen obiger Art, ferner Ehelosigkeit und Ebeichen bei Männern und Frauen, darüber spricht vor Damen heute und morgen, abends 1/2 Uhr, im Schauspielhaus, Vorderhaus, 2 Treppen, unser erfahrener Ratgeber Herr Wllig. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf. Gäste willkommen.

Verein für Lebens- und Heilkunst Reform z. V.

Lichtspiele Zschocher Telefon 40860 Inh.: M. Raschke Dieckstrasse 79. Ab heute bis Donnerstag! Doppelprogramm! **Die Herrin der Welt** II. Teil. Die Geschichte der Maud Groggaards 6 Akte Hauptdarsteller: 6 Akte. Mia May und Hanns Merendorf **„Die schwarze Marion“** 4 Akte Eine Gesellschafts-Tragödie 4 Akte In den Hauptrollen: Charlotte Böcklin und Reinhold Schünzel **Die Brotbäckerei** Lehrfilm Erstklassige Künstlermusik Einlass 4 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. 2. Vorstellung 7 Uhr.

Frei ab hier! Sortiert schöne große **Vollheringe** 10. Pfd. - 24. 30. Pfd. - 28. 55. Pfd. - 28. 3. Ton. u. Wagenb. II. Preis. So lg. Vorrat! Z. Dejaner, Offenerstraße - Gp., Zwinmünde 61.

Für die herzlichste Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Herrn **Konrad Trentsch** sagen wir nur hierdurch unsern herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen wir allen nur hierdurch herzlichsten Dank. Prödel, am Weinbühlstrasse. **Arno Kirchner und Kinder.**

Nach schwerem Leiden verschied Sonntagabend viel zu früh unser guter Vater **Benedikt Schwaiger** im Alter von 42 Jahren. Dies zeigen hierdurch an Zwenfau Die trauernden Hinterbliebenen, Beerdigung Donnerstag, nachmittags 1/4 Uhr.

worben. Tatsächlich befanden sich in der Wohnung auch verkleinerte Gewehrrohre. Wie wurden aber die Geschäfte der Roschschelben lang und länger, als ihnen ein Kaufmann über gekauften Waren... (Text continues with details of a legal case involving a shopkeeper and a tenant's actions).

Aufhebung der Beschränkung in der Wohnfreiheit städtischer Beamten.

Die Stadtverordneten haben am 10. September beschlossen, den Rat zu ersuchen, ihnen eine Vorlage zu unterbreiten, wonach die Beschränkung in der Wohnfreiheit der städtischen Beamten und Lehrer aufgehoben wird. Der Rat hat den Beschluss gefasst:

- 1. Für die Beamten der Schutzmannschaft aus dienstlichen Gründen das Wohnen innerhalb des Stadtbezirks auch weiterhin zur Anstellungsbedingung zu machen;
2. für die Beamten der Kriminal- und Ausländer-Abteilung des Polizeiamtes die Anstellungsbedingung der Wohnpflicht dahin abzuändern, daß sie außer im Stadtgebiet nur in Nachbarorten wohnen dürfen, die unmittelbar an einer Straßenbahn liegen, und daß sie jederzeit durch Fernsprecher zu erreichen sind;
3. für alle übrigen städtischen Beamten und Lehrer die Verpflichtung, innerhalb des Stadtbezirks zu wohnen, aufzuheben;
4. den außerhalb des Stadtbezirks wohnenden Beamten und Lehrern vom 1. Oktober 1919 an den vollen Wohnungsgeldzuschuß zu bewilligen, soweit sie ihn nicht bereits erhalten.

Die Gas- und Stromsperrre in den Verkaufsstellen und Gastwirtschaften. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß vom 13. dieses Monats ab in offenen Verkaufsstellen, in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, in Kaffeehäusern sowie sonstigen öffentlichen Vergnügungstätten und in Vereins- und Gesellschaftsräumen, wo Speisen und Getränke verabreicht werden, während der Vormittagsstunden bis 9 Uhr kein elektrisches Gas oder elektrisches Licht verbraucht werden darf.

Hilfsaktion für Wien. Der Oesterreichische Hilfsverein zu Leipzig schreibt uns: Die von Oesterreichischen Hilfsvereinen eingeleitete Hilfsaktion für die Wiener Kinder schreitet erfolgreich vorwärts. Zehntausende Familien aus Leipzig und Umgebung haben sich bereit erklärt, ein oder mehrere Wiener Kinder bis Ende August in Pflege zu nehmen. Die sächsischen und die bayrischen Staatsbahnen berechnen für die Sonderzüge nur die Reisepreise. Noch aber ist viel zu tun und so ruft der Oesterreichische Hilfsverein alle hilfsbereiten Menschen zur Mitarbeit auf.

In der Nacht Ein brutaler Mord in Nummer 6 unseres Blattes teilt uns der Mann der mitschreibenden Ehefrau mit, daß nach seiner Meinung der Kriminalbeamte, von dem die Rede ist, seine Pflicht erfüllt habe.

Brand. Am 12. Januar, abends gegen 7 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Emilienstraße 11 gerufen. Dort waren in einer Wohnung durch das Feuerrohr eines Badeofens einige Körbe und Wappstühle angebrannt.

Anzeigen- und Kleinverkauf. Mittwoch Freitag I Nr. 4790-5045 (5046-5735) Freitag II 1791-2270 (2271-2820). Sonntag, Kleinschule, 9-1 Uhr, Nr. 1-800. Wille, Gohlis, 9-12 Uhr, Nr. 1-300. Pöhl, Anger, 10-12 Uhr, Nr. 101-1200 (Kleinschulebesitzer). Pöhl, Plagwitz, 11-3 Uhr, 1891 bis 2110 (Kleinschulebesitzer).

Schlachthof (Schauamt) M. Mittwoch, den 14. Januar, vormittags von 9 bis 12 Uhr. Ausgabe von Entsch. Prüfwirkstoffe Verkauf an jedermann. Tägliche Blutwurst, Allogrammboxe 8.20 Mk., an Inhaber von früheren gelben Kleinschule-Nummern.

Lebensmittelkatalog für Mittwoch, den 14. Januar.

- Für Haushaltungen. Anmeldung. Fleisch: abzugeben X 1-10, X 1-5. Fleischmisch: letzter Tag - abzugeben 12 B der Lebensmittelkarte Reihe M (siehe Wäsche). Ausgabe. Zeigwaren und Suppen: letzter Tag - bestellt mit 2 B und K der Lebensmittelkarte Reihe M (125 Gramm Zeigwaren und 250 Gramm Suppen); Aufgabekartensätze 18 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischkartensätze V 1-5 (100 Gramm). Für Händler. Käse: Bezugseinentnahme durch die Obmänner in der Bezugskarte. Kartoffeln: Markenablieferung in der Bezugskarte Markgrafenstraße 8 durch die Kleinbändler und Lieferung der Bezugskarten Ka 197 an die Großvertrieber oder Obmänner. Graupen und Suppen: Markenabgabe an den Obmann. Standarmelabe: Bezugskarteneinentnahme Markgrafenstraße 8.

Parteiangelegenheiten.

- Obdverein V. Ost. Nächsten Donnerstag, sowie regelmäßig jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Restaurant Silberpappel: Diskussionsabend. Der Propaganda-Ausschuß tagt Donnerstag um 6 Uhr. Der Vorstand. Sommerfeld-Eugelsdorf-Baalsdorf. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, Frauen-Diskussionsabend im Guten Trosen, Eugelsdorf. Der Vorstand. Holzhausen-Zudelshausen. Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärstagung bei Krausch.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bezirksverband Grimma. In der Woche vom 12. Januar bis 18. Januar 1920 beträgt die wöchentliche Zeitemenge für Versorgungsberechtigte 40 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine. Pösdorf. Aus dem Gemeinderat. An Stelle des als Gemeindevorsteher gewählten Vei wird Genosse Auerbach als Gemeindevorsteher verpflichtet. - Den Arbeitslosen wird eine Beihilfe von 25 bzw. 40 Mk. bewilligt. Weiter wird beschlossen, mit Rücksicht auf den guten Abschluß der Gemeindefasse von der Einführung eines 5. Steuertermins abzugehen. - Die Straßentafeln werden bis abends 10 Uhr noch bis abends 9 Uhr und Sonntag bis abends 10 Uhr brennen. Auch in der eine Prozentige Einschränkung statt, so daß nur noch die Nichtlaternen brennen können. Die Forderung der Gasanstalt für jede nichtbrennende Laterne monatlich 1.50 Mk. Entschädigung zu zahlen, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag des Militärvereins um Errichtung eines Kriegedenkmals abgelehnt. Von unsern Genossen wurde darauf hingewiesen, daß das schönste Denkmal eine ausreisende Unterstützung der Witwen und Waisen der gefallenen Volksgenossen ist. - Zur Entsendung erholungsbedürftiger kriegsverwundeter bzw.

gekränkelter Kinder werden 200 Mk. bewilligt. - Als Gemeindevorsteher kamen die Herren Diefisch und A. Reiter in Vorkurs. Sie sollen sich mit Hilfe des Gemeindevorstandes selbst einigen, wer das Amt annimmt, da eine Verhandlung mit beiden Herren vor der Sitzung nicht möglich war. - Zur Verbandssammlung des Gemeindevorstandes der Krankenversicherung Leipzig-Land wurden als Vertreter Herr Pilschmann und als Stellvertreter Herr Franke gewählt. - Die von der Gemeinde Eytzra vorgeschlagenen Gebühren für die Leichenfrau werden angenommen, nur wird gegen die Art und Weise der Gemeinde Eytzra, uns einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen, protestiert.

Zudelshausen. Aus dem Gemeinderat. Als Verbandsvorstandsmittler für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land wurde Herr Pöschel aus Panitzsch mit 8 gegen 5 Stimmen gewählt. Als Krankenversicherung für Leipzig-Land wurde Herr Schlichter und als Stellvertreter Herr Krauß bestimmt. Die Beschaffungsbeihilfe für die Hebamme wurde abgelehnt, dagegen soll die monatliche Unterstützung von 35 Mk. weitergeleitet werden. Ebenso wurde die Beschaffungsbeihilfe für die Gemeindevorstände abgelehnt. Dafür sollen die Gehälter einer Prüfung unterzogen und erhöht werden. Diese Angelegenheit wurde dem Finanzausschuß überwiesen, der auch die Entschädigung für Licht, Heizung und Reinigung des Gemeindevorstandes festlegen soll. Einem Antrag zur Gemeindeordnung über die Erhöhung der Festwertabgabe in Höhe um 2 Prozent wird zugestimmt mit der Bestimmung, daß 0,2 Prozent der Schule Zudelshausen, 0,8 Prozent der Gemeinde zugewiesen und das übrige 1 Prozent als Grundsteuer auf Anrecht des Staates angelegt werden. Der Ernährungsausschuß soll eine Kartoffelbestandsaufnahme in Zudelshausen vornehmen. Das Vergütig in Zudelshausen soll vom Wohnungsausschuß festgelegt und 100 durch die Gemeinde gepachtet werden, um Wohnungen zu schaffen. Herr Schlichter stellt den Antrag, die Arbeitslosen nach Klasse A zu versetzen. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Volksernährung im kommenden Frühjahr. Die ganze Nationalliste der angelegten sozialistischen Regierung geht aus einem Rundschreiben hervor, das das sächsische Wirtschaftsministerium jetzt an die Gemeinden versendet. Unsere Ernährungsfrage geht zu ersten Besorgnissen Anlaß, die Gemeinden werden deshalb auf die Vornahme von Maßnahmen hingewiesen, die die Bevölkerung sichern. Und um gleich von vornherein jede Forderung auf entsprechende Unterstützung zurück zu machen, läßt das Ministerium in weiser Vorsicht hinzu, daß Kosten und Kartoffeln nicht geteilt werden können. Die arbeitende Bevölkerung zehntausend mal schon länger, daß sie von der Regierung, die zwar mitunter recht kräftig in Worten gegen die agrarischen Lebensmittelprediger losfährt, seine Daten zu erwarten hat. Mit Daten getraut sie sich an die Agrarier nicht heran, inwiefern diese eines schönen Tages die ganze Gesellschaft zum Teufel jagen könnten. Noch scheint es nicht so weit zu sein, da augenscheinlich die Ausstattung der Gegenrevolutionäre mit Waffen noch nicht vollständig durchgeföhrt ist, wie aus der nachfolgenden Notiz ersichtlich ist:

Waffenlieferungen für Einwohnerwehren. Der Landesrat Sachsen hat mehrfach die Reichszentrale für Einwohnerwehren dringend zur Waffenlieferung, auch mit Unterstützung des sächsischen Militärbevollmächtigten in Berlin, aufgefordert, hat aber in jedem bis jetzt nur Anfang Dezember eine verhältnismäßig geringe Abgabeforderung von Waffen, die auf ganz Sachsen zu verteilen waren, erhalten. Das sächsische Ministerium des Innern hat nun bei den Reichsbehörden den Antrag gestellt, daß der Landesrat Sachsen zunächst die Genehmigung zur Waffenlieferung zu erteilen hat, um dadurch den Dienstwehren abzulösen und eine schnellere Lieferung der Gemeinden mit Waffen zu erreichen.

Unsere Genossen in den Gemeinderäten haben also alle Ursache, weiter auf dem Posten zu sein, um die immer offener betriebene Neuebelegung des herrlichen deutschen Militarismus zu verhindern. Es könnte sonst leicht der Fall eintreten, daß die hungernde Bevölkerung im Frühjahr blaue Beinen zu kosten bekommt. Aber auch an die Adresse des Bezirksausschusses sei die Mahnung gerichtet, alle Sebel in Bewegung zu setzen, um die noch massenhaft bei unsern Agrariern lagernden Kartoffeln der Volksernährung zu sichern, ehe sie von den agrarischen „Volkscandidaten“ im Schleichhandel verschwandert werden. Die katastrophalen Wirkungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik machen sich immer mehr bemerkbar.

Die Dresdener Mieter protestieren.

Aus Dresden wird geschrieben: Am 11. Januar fand hier eine vom Dresdener Mietbewohnerverein einberufene, sehr ausbelegte Protestversammlung gegen die 48prozentige Mietssteigerung statt. Der Vorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine, Herr Herrmann, wies auf die Spekulationswirtschaft der Hausbesitzer hin, und wie wir heraus mihnten. Er verlangte die Sozialisierung der Grundrente und des Grundbesitzes und Mitbestimmungsrecht der Mieter in Wohnungs- und Mieterangelegenheiten. Es sei dringend zu empfehlen, alle Fälle von Mieterwidrigkeit zur Angelegenheit zu bringen. Mit lebhaftem Beifall wurde der Hinweis auf die Möglichkeit eines Mieterschreies begrüßt. Arbeitsekretär Verudt beschäftigte sich mit dem neuen Grundrentenspiegel, das am Dienstag der Sächsischen Volkskammer vorgelegt werden wird und forderte dessen Durchführung und weiteren Ausbau.

Es wurde einstimmig eine Entschliesung angenommen, die gegen die Wohnungsverrentungsbeschlüsse des Hausbesitzervereins protestiert und öffentlich-rechtliche Körperlichkeiten fordert, denen die dauernde Voraussetzung und Regelung des Wohnungswesens im sozialen Geiste zu übertragen ist und in denen Mieter und Vermietung paritätisch vertreten sind. Von der Regierung fordert die Entschliesung die Vorlage entsprechender Gesetze und unverzügliche Durchführung des Grundrentenspiegels. Die am 31. Dezember 1920 abzulaufenden Mieterschutzgesetze sind vorläufiglich anderer dauernder Regelung zu verlagern. Weiter fordert die Entschliesung sofortige Regelung der Bankrottzuschüsse und Beschlagnahme der Kaufkraft durch die Wohnungskommission, um weitere Preisdreherei auf dem Bauhofmarkt zu verhindern.

Öffentlich hat die Entschliesung den gewünschten Erfolg, denn die passchaste Krönung der Hausbesitzer, die ohne Mühe und Arbeit große Gewinne einstreichen wollen, übersteigt alle Grenzen, und es wird höchste Zeit, daß ihr ein Regel vorgeschoben wird.

Aus dem „Freistaat“.

Am 21. Juli fand in Klingenthal eine wichtige Versammlung statt, die von der unabhängigen Sozialdemokratie einberufen war und in der für den internationalen Sozialismus demonstriert wurde. Anschließend daran fand ein Umzug nach dem Marktplatz statt, wo nach einer nachmaligen kurzen Ansprache die Teilnehmer aufeinander zugehen. Diese grobartige Kundgebung, die ohne jeden Zwischenfall verlief, hat aber unsere kapitalistische Politik nicht schlafen lassen. Sie mußte irgendwie geachtet und „Schuldige“ unbeding, wenn nicht gerade dem Galgen - so doch wenigstens einer andern Strafe zugeführt werden. Nach längerem Suchen glaubte das Klingenthaler Gericht endlich den Schuldigen in der Person unres Genossen Reichenstein gefunden zu haben. Er wurde vor die strengen Richter gezerrt und sollte für das fürchterliche Verbrechen büßen. Die Demonstration war infolge des famosen Verlegungsabhandels der Rechtsjuristen verboten. Am 21. Oktober wurde Genosse Reichenstein, der der „Hilfser“ der Demonstration gewesen sein soll, deswegen zu der ungewöhnlich hohen Strafe von 1 Woche Haft verurteilt. Damit war dem Klingenthaler Speichersam Genüge getan. Der Herr Richter leute neuen das Urteil Verurteilung ein, und das Landgericht Plauen mußte seinen Ansaßen, daß er nicht die Führerschaft gehabt habe, Gläubigen schenken und - verwarf trotzdem die Verurteilung. Schon allein durch die Teilnahme an einer Versammlung unter freiem Himmel

habe er sich strafbar gemacht, und deshalb besteht die Strafe von einer Woche Haft durchaus zu Recht. Nun wage noch einer davon zu zweifeln, daß wie im „Freistaat“ Tende der Welt“ leben.

Gewerkschaftsbewegung.

Für Oesterreichs Proletariat!

Die Not in Oesterreich und vor allem in Wien ist fürchterlich. Der internationale Gewerkschaftssekretär Genosse Zimmern, Amsterdam, hat Wien besucht und schilbert seine Eindrücke im Vorwärts. Erschütternde Stenobilder geben da vorüber: Wien stirbt langsam, Wiens Proletariat wartet dem Tode zu.

Nachdrücklicher als alle Schilberungen sprechen die nüchternen Zahlen der Nahrungsmittelrationen, die die Bewohner von Wien pro Person und Woche erhalten. Diese Rationen betragen: 1 Kilogramm Brot für 2.40 Kronen (1 Krone ehemals 35 Pf.), 1/4 Kilogramm Mehl für 1.00 Kronen, 120 Gramm Fett für 8.40 Kronen, 100 Gramm Fleisch für 8.40 Kronen, 55 Gramm Zucker für -05 Kronen, 1/2 Kilogramm Kartoffeln für 2.40 Kronen. Das ist alles. Das ist aber zumeist auch nur Theorie; in der fürchterlichen Wirklichkeit gibt es diese Rationen höchst selten. Die eine Woche fehlt das Mehl, die andere das Fleisch, dann fehlen wieder die paar Kartoffeln, so daß selbst die Hungerrationen noch einmal reduziert werden.

Die Not ist also fürchterlich.

Die deutschen Gewerkschaften haben deshalb an die deutsche Arbeiterkammer appelliert, der Not der Oesterreichischen Genossen durch Sammlungen zu steuern. Lebensmittel abzugeben wird freilich kaum möglich sein; daran fehlt es der großen Masse der deutschen Arbeiter selbst. Aber Geldmittel müssen aufgebracht werden können. Der Gewerkschaftsbund hat bereits eine Million Mark nach Wien gesandt. Aber eine Million ist nicht viel, wo Hunderttausende hungern. An die deutsche Arbeiterkammer ergeht darum erneut die dringende Bitte, die Sammlungen tatkräftig zu fördern.

Die deutsche Arbeiterkammer ist immer stolz gewesen auf ihre internationale Solidarität. Möge sie ihre Solidarität nicht zuletzt den hungernden Oesterreichischen Genossen befunden.

Lohnbewegung der Leipziger Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter hielten am 8. Januar eine stark besuchte Versammlung ab, in der Kollege Winter aus Halle ein eindringliches Wort über den Verlauf des Kampfes unserer sächsischen Kollegen um die Anerkennung des Mindesttarifs entwarf. In der Aussprache wurde fast einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß auch die Leipziger Kollegen sich rufen werden, bis sie den Tarif einschließlich der Abzinsung 11 und 12 zur Anerkennung bringen.

Im Anschluß an die zur Kenntnis der Kollegen gebrachten Antwortschriften der Arbeitgeberverbände mündlichen die Kollegen, daß auch eine Neueinleitung der Montagelöhne auf 6 und 15-Mk. pro Tag angenommen wird. Tageslöhnen fordern die Kollegen die endgültige Anerkennung ihrer am 18. November 1919 gestellten Forderungen und Ausgleiche für die im Januar einsetzende Wertverminderung aller Bedarfsgegenstände eine Ausgleiche von 25 Mk. pro Woche und Kopf. Um diese Forderungen recht bald zur Durchführung zu bringen, wurde die Verwaltung beauftragt, schnellstens mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten.

Um etwaige Ausstände, sei es der gesamten Kollegen oder einzelner Gruppen, mit höchster Unterstützung durchzuführen zu können, beschlossen die Kollegen, einstimmig die Erhebung freiwilliger Beiträge in der Höhe von wöchentlich 50 Pf. für Frauen, 1 Mk. und 2 Mk. für Männer.

Die Höhe der zu zahlenden Zuschunterstützung soll jeweils den später zu beschließenden Versammlungen überlassen bleiben. Mit der Annahme und Durchführung dieses Beschlusses treffen die Leipziger Kollegen eine Maßnahme, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Die Versammelten sprachen den Wunsch aus, kein Kollege möge sich von der Leistung der Beiträge abschließen, da davon die Gewährung erhöhter Unterstützung abhängt.

Lohnbewegung der Bäcker Leipzigs.

Am 9. Januar nahmen die Bäcker in einer gut besuchten Versammlung Stellung zum Brottarif. Der Berichterstatter gab den Lauf der Verhandlungen mit den Brotfabrikanten bekannt und empfahl namens der Verhandlungskommission, das Angebot (wöchentlich 30 Mk. Steuerungszulage, so daß der Wochenlohn 150 Mk. beträgt) anzunehmen. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, die 30 Mk. vorläufig anzunehmen und in kommender Zeit nachzuholen, was diesmal nicht erreicht wurde. Einiges ähnliches verließ die Debatte über das Verhalten der Bäckerinnungen Leipzig, Taucha, Markranstädt und Zwenkau, die auf den 10. Dezember eingereichten Brottarif bis heute noch keine Verhandlung mit der Organisation geführt haben. Alle Redner aus den Großbäckereien sprachen sich dahin aus, wenn die Innungen bis nächsten Freitag (10. Januar) keine Zeit gefunden haben sollten, mit der Organisation zu verhandeln, daß dann die Brotverforgung der Bevölkerung auf sich zu nehmen wird. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der das Verhalten der Innungen als absichtliche Verschleppung zum Nachteil der Gesellen bezeichnet wurde. Das Verhalten der Innungen sei umso mehr zu verurteilen, da in die neuen Brotpreise auch schon die neuen Tariflöhne hineingerechnet wurden. Sollte dem Verlangen der Gesellen bis Freitag nicht entsprochen sein, so hätten die Innungen die Verantwortung zu übernehmen, wenn die Brotverforgung verlagte. Die Bäcker in den Brotfabriken erklärten sich mit den Bäckern in den Kleinbetrieben solidarisch.

15. Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen beim Bezirksparteisekretariat ein: Kreisquittung: 33340.80, Straßenvorort 2, Bezirk 30.-, von der Arbeiterkammer der Firma Oswald Vack 50.-, Spielklub Die Wilden, ohne den Arbeitslosen 1.20, Ortsgruppe Töbeln Sammlung 522.70, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbindererei Vogel u. Vogel 51.-, Antscher, Nr. 42, Futter- und Buchbinder der Firma Wilhelm Röder sen. 42.50, Arbeiterkammer der Firma Gustav Liebe, Anger 310.25, Vandalenarbeiterverband Markranstädt und Umgebung zwei Extrarationen 42.-, Christenbegrüßung der Mege Eintracht, Turnverein Frick auf, Wöhlig-Ehrenberg 14.75, Bauhofkassette 11.-, Wwe Sibel, Althammer-Willich 5.-, Ortsverein und Turnverein, zweite Rate 15.50, Christenbegrüßung der Hilfsarbeiter Spamerische Buchbindererei 10.-, B. W. Süttlich 50.-, Gesamtheit im Bureau des Holzarbeiterverbandes, durch Pf. 52.-, Arbeiterkammer der Firma Schürmer, Richter u. Co. 92.-, Arbeiterkammer der Buchbindererei Julius Paer 61.70, von der Arbeiterkammer der Firma Niesing u. Co., zweite Rate durch R. 92.-, Garparierwerk Schmidt 20.-, Drehschein u. Koppel, Wahren, auch stillig von zwei Arbeitern, durch Friede 10.-, W. G. 15.-, Eisenbahner Leipzig 137.-, Zellerkassette, Versammlung Stahmeln, durch Engling 35.-, Waz Streubel 30.-, vom Personal der Buchbindererei Sibel u. Dent 150.70, Generaterversammlung Ge. angereicht Männerchor, Holzhausen 15.-Mk. Summa 35404.00 Mk. Ehrhard.

Veröffentlichung.

In der 13. Quittung muß es richtig heißen: Arbeiterkammer der Firma Niesing u. Co., durch R. 103.50 Mk.

411 Der Jahrmakrt des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

„Ihr Männer seht auch gar nicht. Du bist die, blinde Kreatur...“

„Rein,“ fuhr sie fort, sich durch ihre Worte noch mehr aufregend...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

„D — Gott — wahrhaftig,“ entschuldigte sich der Alkoholiker...

Hört zu, Freunde! Dreihundert gefangene Arbeiter...

Und oben, in Wärdern und in Zeffeln, Profetiarervertreter: Ebert, Schreiermann, Landsberg...

„Alle Leute aus dem Vorwärts werden erschossen!“

„Da drüben liegen schon sieben von den Euren verreckt!“

„Machinengewehr frei!“

Die Wahn war frei. Der eiserne Lauf des Machinengewehres richtete sich...

„Das wollen wir der Revolution überlassen!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

„Zu vieren antreten!“

suchen, so daß es der blühenden Kinderphantastie eines Sonntagsnachmittagspublikums bedürfte...

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

„Reines Theater (Tiefeland)“

Kleine Chronik.

Operettentheater (Der Graf von Luxemburg).

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Chopin-Vormittag.

Dreihundert standen an der Mauer.

Am 11. Januar 1919 wurde in Berlin die von den Regierungstruppen gefangene revolutionäre Vorwärts-Verlagung...

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Wir standen zusammen an der Mauer, Genosse, du und ich.

Eingelaufene Schriften:

Schriften der kommunistischen Partei Deutschlands, Sowjetunion in Meibach! Preis 20 Heller. — J. Krassa, Zum zweiten Jahrestag der kommunistischen Revolution in Russland. Preis 60 Heller. — F. Friedländer, Durch die Demokratie zum Sozialismus? Preis 1.80 Kr. — Die Gründung der dritten Internationale. Erste Konferenz der kommunistischen Internationale in Moskau vom 2.—5. März 1919. Preis 1.50 Kr. — J. Devesj, Die technische und wirtschaftliche Notwendigkeit der kommunistischen Weltrevolution. Preis 2 Kr. — Ist Deutschland zur Räterepublik reif? Reden von A. Lomann und E. Friedländer auf der zweiten Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschlands, am 20. Mai 1919. Preis 1 Kr. — Der erste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Preis 2 Kr. — B. Karpiński, Wie das russische Volk gequält wurde! — M. P. Price, Das Rä-

ystem in Russland. Preis 20 Heller. — A. Pannicoel, Das Wilsonsche Programm. Preis 20 Heller. — Die internationale Lage. Referat, gehalten auf der Reichsvertreterkonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands am 7. Juli 1919. Preis 60 Heller. — A. Pannicoel, Volkswirtschaft und Demokratie. Preis 10 Heller. — Beschlüsse der ersten Delegiertenkonferenz der kommunistischen Arbeiterräte Deutschlands, am 4. und 5. Mai 1919. Preis 10 Heller. — Die Kommunisten und der Friede. Preis 1.20 Kr. — Die kommunistische Internationale Nr. 3, Organ des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale. Verlag der kommunistischen Partei Deutschlands in Wien VIII, AlfstraÙe 69. Das neue Reich. Petros' Schriften zum Weltkrieg. Neue Folge. 7. Heft: Gustav Cassel, Weltwirtschaft und Geldverkehr unter besonderer Berücksichtigung des Salutproblems. — 8. Heft:

Oudwig Wertheimer, Wirtschaftliche Wirkungen des Friedensvertrags. Verlag von Dr. H. Petros, Göttingen. Preis des Heftes 1 Mark. Kommerz-Kalender 1920. Herausgegeben vom Verkehrsverband für Vorkommen und die Insel Mitten. Verlag von M. Baumbach, Stuttgart. Preis 3 Kr. Derkscheit des Magistrats der Stadt Plensburg, betreffend die geographischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der Stadt. Mit zwei Karten. Buch der Toten. Herausgegeben von Wolf Praggode. Erster Sonderdruck der Dichtung. Roland-Verlag, München. Preis 12 Kr. B. Cronberger, Jahrbuch für den Kleingartenbau. 17. Jahrgang. Verlag des Vereins zur Förderung des Kleingartenbaues, Frankfurt a. M. Preis 1 M.

Ustoria
Windmühlenstraße 31 — Fernruf 18195/96.
Heute:
Der Präsident
Spann. Drama in 6 Akten nach dem bekannten Roman von Emil Franzos.
Der Mitternachts-Meffor
Lustspiel in 3 Akten sowie der übrige Spielplan.
Nur für Erwachsene über 16 Jahre.

Univerſum
Rohplatz 6 (Café Bauer) — Fernruf 18193/94.
Heute:
der 5. Teil:
Die Herrin der Welt: Ophir, die Stadt der Vergangenheit
Drama in 6 Akten mit Mia May.
Der Film ist nach dem Roman von Karl Higdor entstanden und bringt von Teil zu Teil mehr an spannender Handlung.
Der 4. Teil spielt im Colosseum, Rohplatz 12-13. Der 3. Teil im Wintergarten, Eisenbahnstraße 50. Nur für Erwachsene über 16 Jahre. Technischer Schwierigkeiten wegen erscheint der 6. Teil Die Herrin der Welt erst am 25. Januar.

Colosseum
Rohplatz 12-13 — Fernruf 18195/96.
Heute:
die Herrin der Welt:
4. Teil:
König Makombe
Drama in 6 Akten mit Mia May.
Der Film ist nach dem Roman von Karl Higdor entstanden und bringt von Teil zu Teil mehr an spannender Handlung.
Sowie der übrige reichhaltige Spielplan.
Der 5. Teil spielt im Univerſum, Rohplatz 6. Der 3. Teil im Wintergarten, Eisenbahnstraße 50.

Lindensfels
Karl-Felner-Strasse 50 — Fernruf 18195/96.
Heute Doppelprogramm!
Senny Borten
im Lustspiel in 4 Akten
Die Fahrt ins Blaue.
Wetterleuchten um Winternacht
Drama in 5 Akten mit Clara Weth, Hage Rösch.

Wintergarten
Eisenbahnstraße 50 — Fernruf 18195/96
Ab heute:
Die Herrin der Welt:
3. Teil:
Der Rabbi von Kuan-Fu
Drama in 5 Akten mit Mia May.
Telephon als Scheidungsgrund und der übrige Spielplan.

Licht-UT. Spiele
Nur noch 3 Tage! Ver längerung unmöglich!
Trotz ausverk. Hauses
2 Erst- 2 Aufführungen 2
Bruno Ida **Kastner's Wuest's**
grosſes Filmſpiel:
Nur ein Diener
5 Akte 5 Akte
Die Ehe der Lea Psantir
5 Akte Schauspiel 5 Akte
In der Hauptrolle:
Charlotte Böcklin.
Durchgang: 5 Akte
Riebeckbrau
Im Herzen der Stadt

Der Kolossal-Erfolg!
Nach einstimmigem Urteil der gesamten Presse der beste Film seit Jahren.
's Liserl vom Schliersee
Ein Volksstück aus dem bayrischen Hochgebirge in 5 Akten 5
Herrliche Gebirgs-Szenarien!
Bilder von bezaubernder Schönheit!
Beginn 4 Uhr. Kassenöffnung 3 1/2 Uhr.
KL
Beginn 4 Uhr. Kassenöffnung 3 1/2 Uhr.
Verstärktes Orchester!
KAMMER-LICHTSPIELE
Windmühlenstr. 7 am Königsplatz
Verstärktes Orchester!

Gasthof Lindenthal. Morgen Feiner Ball.
Neues Parkett. Neue Musik.

Gasthof zur Linde, Oetzsch
Morgen Mittwoch von 6 Uhr an: Vornehmer Ball.

Goldener Adler.
Inhaber: Franz Sperling. Telefon: 33127.
Morgen Mittwoch von 8 Uhr an der bekannte **Mittwochs-Ball.**

Tätowierung
Wie ich meine selbst tätowierte. L. Otto, Hannover, Altemannstr. 5. Ausnuit gratis!

Politische Couplets
Lieder und Gesangsstücke Theaterstücke Revolutionskünstlerpostkarten Vereinsabzeichen Beitragsmarken, Girlanden, Fahnen, Plakate sowie alle Fest- und Tanzartikel. Preisliste verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig Königstr. 12. Fernruf 2309.

Trauringe massiv Gold.
Gustav Kaniss, Tauchaer Strasse 6.

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8. Fernruf 19271.

Nur noch 3 Tage!
Pest in Florenz
7 Akte
Karlchens Erbschaft
Lustspiel in 1 Akte
Anfang 4 Uhr.

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt. Fernruf 19950.

Täglich bei ausverkauftem Hause!

Pest in Florenz
Kolossal-Drama in 7 Akten
Wir bitten, sich zu den Vorstellungen frühzeitig stets Plätze zu sichern!
Karlchens Erbschaft
Lustspiel
Anfang 4 Uhr

Welt-Theater
Barfussgasse (Am Markt)

Nur noch 3 Tage!
Der Fürst
Detektiv-Drama in 5 Akten
Sybill Smolowa
Moderne Sklaven
Drama in 4 Akten

Tanzdiele Alter Gasthof = Wahren =
Morgen Mittwoch sowie jeden Mittwoch: **Das Fest um Mitternacht!**
Ein hervorragendes Ballfest mit Bremer August und seiner Kapelle. Anfang 7 Uhr.
Parole: Auf nach Wahren zum schenkwerten Massenbetrieb in der Tanzdiele.

Fernsprech-Nummern
der
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Verlag der Leipziger Volkszeitung
Geschäftsleitung, Hauptkontor, Kasse und Seherel.
4596
2721
13693
Inseratenannahme und Buchhandlung.
Redaktion der Leipziger Volkszeitung (nur bis 1 Uhr mittags.)

Lenin auf dem 7. allrussischen Sowjetkongress.

Die Weltrevolution kommt. — Drei bolschewistische Ziele. — Nichts von Demokratie.

Stockholm, 8. Januar.

Auf dem siebenten allrussischen Sowjetkongress, der am 5. Dezember in Anwesenheit von 1211 Delegierten begann, nahm nach Trotski Lenin namens des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare das Wort, um die europäische Lage zu besprechen. Er kennzeichnete den Umschwung im November 1917 und den zweijährigen Kampf Sowjetrusslands um seinen Bestand als ein Spiel, bei dem der Einsatz die Weltrevolution war. Heute wissen wir, daß wir gewonnen haben. Nur haben wir uns überreuen müssen, daß die internationale Revolutionierung des Proletariats in den einzelnen Ländern nicht in dem gleichen Tempo fortschreitet und daß sie in den fortgeschritteneren Ländern ein komplizierter und langsamere Prozeß ist, als man hätte annehmen können. Ammerstein hat dieser langsamere und kompliziertere Fortschritt der sozialistischen Revolution in Westeuropa und vor aussergewöhnliche schwere Aufgaben gestellt. Wenn wir an die letzte Zeit zurückdenken, an die Zeit ununterbrochener schwerer Kämpfe, an die beiden Jahre, da wir gegen die gewaltigen Kräfte der Gegner der Revolution und behaupten mußten, wenn wir die Tatsache ins Auge fassen, daß unsere Kräfte mehr als einmal schwächer waren als die der Entente, dann wird es für uns klar, daß wir die größten Hindernisse überwunden und einen großen Sieg davongetragen haben. In unserem Kampfe mit der Entente haben wir dreimal siegt. Zuerst insofern, als alle Versuche der Entente, Sowjetrussland durch seine technischen und militärischen Machtmittel niederzuringeln (Archangel, Sibirien, Odesa), gescheitert sind. Der Aufstandskrieg des Bolschewismus ist in das Mark der generellen Armee gedrungen, die auch nur aus Arbeitern und Bauern bestand, wenn sie gleich Uniformen trugen. Wir haben die Entente ihrer Soldaten beraubt, die internationale Solidarität hat sie gestützt. Unser zweites Ziel: Der Versuch Churchill's, die vierzehn Staaten gegen Sowjetrussland aufzubringen und die kleinen Staaten mit ihren kleinbürgerlichen Regierungen zum Kriege mit dem vom westeuropäischen Imperialismus beherrschten Sowjetrussland aufzufordern, ist gescheitert. Unser drittes Ziel besteht darin, daß das europäische Kleinbürgertum und die Intelligenz ihr Verhältnis zu uns in einem und allseitigen Sinne geändert haben. Ein Beweis dafür ist der in der französischen Presse gegen die russische Intervention und gegen die Blockade erscheinende Protest, den die hervorragenden Vertreter der französischen Intelligenz wie Anatole France und Ferdinand Brunet unterschrieben haben, und der Brief des französischen Historikers Aulard, in dem er schreibt: „Als Franzose bin ich Gegner des Bolschewismus, als Anhänger der Demokratie kann ich nicht in den Verdacht kommen, Sympathien für den Bolschewismus zu hegen. Wenn ich aber lese, daß Frankreich Deutschland zur Teilnahme an der Blockade des ausgehungerten Russland auffordert, dann steigt mir die Schamröte ins Gesicht.“ Weiterhin charakterisierte Lenin die Entwicklung, die die bolschewistischen Ideen unter den kleineren Massen genommen haben. Der Terror, über den alle Welt sich empört, ist nur eine Folge der Bekämpfung der Entente, die alle gegenrevolutionären Strömungen unterdrückt, mittels aller eine Gegenmaßregel gegen den Terror der Entente. Heute, da die Hoffnung auf baldige Beendigung des Krieges besteht, ist es nun unsere erste Aufgabe, an dem Aufbau des Landes zu arbeiten. Die schwersten Bedingungen sind, unter denen wir kämpfen müssen, so können wir doch schon mit Genugtuung feststellen, daß sich die Verhältnisse überall zum Besseren verändert haben. Zum Schluß rief Lenin die Arbeiter und Bauern zum letzten Kampfe auf, um die Früchte des Sieges auszubilden, der auf allen Fronten des politischen Lebens erringen ist.

Verfehlte Kohlenbewirtschaftung.

Genosse D. P., ein bergbaulicher Sachmann, schreibt uns: In der rechtssozialistischen Parteipresse unternahm vor kurzem der Abgeordnete Otto Düe in einem „Artikel zur Kohlenverteilung“ über die Kohlenverteilung herrschenden ungesunden Missstände von der lebigen Reichsregierung abzuwälzen. Düe wendet sich gegen die rechtsparteilichen Regierungsgegner, die behaupteten, die Verhältnisse in der Kohlenverteilung seien auf das Einsehen von Arbeitersekretären an Stelle von eingearbeiteten Beamten zurückzuführen. Er stellt demgegenüber, daß sich an der Organisation der Kohlenverteilung durch die politische Umgestaltung nichts Kennenswertes geändert habe, daß die Organisation der Kohlenverteilung immer noch in den Händen derselben Amtsstellen liegt, die schon von der früheren Regierung eingesetzt seien und daß kein Personalwechsel vorgenommen worden sei. Das schlechte Funktionieren der Kohlenverteilung beweise nur, daß die von der früheren Regierung eingesetzten Beamten auch nur mit Wasser kochten. Als Sachmann mußte Düe schon seit Monaten wissen, daß die verfehlte Regierungspraxis in der Kohlenfrage unser Wirtschaftsleben dem Ruin entgegenzuführen wird. Deshalb fordert sein Versuch den von der früheren Regierung mit der Kohlenverteilung beauftragten Beamten die alleinige Schuld zuzuschreiben, den schärfsten Protest heraus. Für die Steigerung der Kohlennot, für die unerhörten Missstände in der Verteilung ist voll verantwortlich die lebige Regierung, und ganz besonders bekräftigt die gesamte Bergarbeiterchaft die rechtssozialistischen Minister und die zugehörige Abgeordnetenkategorie als die Hauptschuldigen. Unzählige Male haben wir auf das unkluge arbeitervindliche Verhalten der Regierung gegenüber den Bergarbeiterforderungen hinzuweisen und eine Umkehr von diesem falschen Weg verlangt; ebensooft haben wir die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaues gefordert, weil wir darin die einzige Möglichkeit sehen, das trauerhafte Elend, das eine Steigerung der Kohlenkrise mit sich bringt, abzuwenden. Nichts von alledem ist geschehen. Im Gegenteil, Rechtslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Hunger und Verelendung sind die Folgen der Bergarbeiterforderungen. Die rechtssozialistische Politik der Regierung auf unsere Forderungen. Die rechtssozialistische Politik des alten Bergarbeiterverbandes, der ja Herr Düe sehr nahe steht, hat auf lebhafteste diese arbeitervindliche und die Interessen der Allgemeinheit schädigende Politik unterstützt. Wiederholt ist die Regierung auf die Missstände in der Kohlenverteilung aufmerksam gemacht worden. Das starre bürokratische System hat bereits während des Krieges versagt. Umso standhafter ist es, daß der von der früheren Regierung eingelegte Organisations- und Beamtenapparat noch heute unverändert weiterarbeitet. Die Ungleichheiten des Systems können (auch Düe kennt sie, wie er in seinem Artikel angibt) und nichts daran ändern, heißt, doppelt Schuld auf sich laden.

Zeit dem Beginn der Revolution haben sich in der Kohlenverteilung Zustände herausgebildet, die jeder Beschreibung spotten. Ein Schleichhandel mit diesem wichtigsten Brennstoff entwickelte sich, der dem mit Lebensmitteln nicht nachsteht, und genau so wucherlich arbeitete. In den Städten können sich die besitzenden Klassen für enorm hohe Preise jedes Quantum Kohle verschaffen, während die ärmere Bevölkerung nicht einmal die rationierten Mengen erhält. Bergwerksdirektoren bieten für die Vermittlung einer allseitigen Jagd gelegentlich mehrere Wagons Vorkasse. Die Reichsregierung verhielt sich auf dem Schleichhandelswege nach dem Ausland neben der gemäß Friedensvertrag abzuliefernden Tonnenzahl riesenhafte Mengen Steinkohle; bei dem niedrigen Stand unserer Valuta ergab sich dabei ein enormer Extraprofit für die Unternehmer. Dabei ist die restlose Erlösung der geerderten Kohlenmengen auf den Werken nicht schwierig. Nur der Wille dazu nicht vorhanden sein. Deshalb wird den Betriebsräten von Unternehmern und Regierung eine umfassende Kontrolle des Verlaufs auf den Werken verweigert?

Noch andre Missstände, die auf eine völlige Kopslosigkeit in der Verwaltung schließen lassen, zeigt unsere Kohlenverteilung. Während der großen November-Verkehrssperre mußte im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover auf verschiedenen Strecken auch der Güterverkehr gänzlich eingestellt werden, weil der Reichskohlenkommissar für den Lokomotivdienst nicht genügend Kohlen zugewiesen hatte. Als Folge dieser Verkehrseinstellung konnten im benachbarten Ruhrbezirk die auf den Sechen liegenden Kohlenvorräte nicht in dem Maße abtransportiert werden, wie es die Personenverkehrssperre erzwängen sollte. In Mitteldeutschland sind mitten im Braunkohlengebiet liegende Stütze ganz und gar ungenügend mit Kohlen versorgt, industrielle Betriebe mußten eingestellt oder eingeschränkt werden, während auf den benachbarten Braunkohlenwerken große Vorräte liegen. Die Förderung hat dort eingeschränkt werden müssen, die dritte Förderstraße kann nicht gefahren werden, weil die Eisenbahn den Abtransport nicht bewältigt. Und was ist der Kohlenkommissar angeht dieser Tatsache? Er verbietet den Abtransport auf dem Landwege nach den schlecht versorgten Stätten! Weiterhin ist es ganz und gar, daß die Eisenbahn trotz der beschränkten Transportmittel auf Veranlassung des Kohlenkommissars Kohlen von einem Förderer in ein andres spekulieren läßt. In Düsseldorf haben vor einigen Tagen große industrielle Werke wegen Kohlenmangel stillgelegt werden müssen. Wenige Stunden davon entfernt liegen die Steinkohlenzechen, Vorräte sind vorhanden, aber der Kohlenkommissar verbietet die Abfuhr nach den stillgelegten Werken! Vom bürokratischen Verteilungsschema wird nicht abgewichen, und wenn noch sozial Arbeiter durch seinen Unfug brotlos werden!

Im Oktober teilte die Reichsregierung mit, scharf auf Veranlassung des Reichskohlenkommissars, daß wegen des niedrigen Wasserstandes die Binnenflöße zum Kohlentransport nicht voll in Anspruch genommen werden könnten. Nach Mitteilung der Binnenflößer trifft dies nicht zu. Der Wasserstand der deutschen Flüsse ist nie so günstig gewesen wie im letzten Jahr. Was hat den Kohlenkommissar nun eigentlich bewegt, die Binnenflöße nicht reiflos auszunutzen? Auf der Oder haben Ulrich 300 mit Kohlen beladene Rähne festgelenkt, weil die Schleppdampfer nicht die nötigen Kohlen angeteilt bekamen. Eine Menge ähnlicher Beispiele, wodurch das Versagen und die vollständige Unfähigkeit der Verteilungsstelle dokumentiert werden, könnten hier noch angeführt werden.

Neben dem Reichskohlenkommissar trägt die jetzige Regierung die volle Verantwortung für all die unklugen Maßnahmen in der Kohlenbewirtschaftung der letzten Monate. Auch einem Düe wird es angelehnt, der katastrophalen Lage nicht gedenkt, diese Tatsache zu verschleiern und seine Parteifreunde in der Regierung wohl zu benehmen. Das jahresübergreifende der kapitalistischen Politik der rechtssozialistischen Partei ist eben auch auf diesem Gebiete sichtbar. Der Reichskohlenkommissar soll seinen Abschluß eingereicht haben; ein Trümmerschaufeln bleibt als Ergebnis seiner Tätigkeit zurück. Jetzt steht es für die gesamte Arbeiterchaft und ganz besonders für die Bergarbeiter klar, daß die wahrhaft schändlichen an der Verteilung der Kohlenkrise bloßzustellen. Vor allem aber: für ein Notsystem einzutreten, das allein imstande ist, den Verfall auf seine hellere Leistungsfähigkeit und darüber hinaus zu bringen; nicht im Interesse weniger Kohlenmagnaten, sondern zu Ruh und Fortkommen der Allgemeinheit!

Die Schande der deutschen Militärjustiz.

Der Prozeß gegen den Oberleutnant Müller gibt S. v. Gerlach Anlaß zu einer Schimpfung der Militärjustiz und ihrer Schlichtung. Er schreibt in der „Welt am Montag“: Daß einzelne Offiziere Verirrte oder Verrückte sind und trotzdem geronnene Feld Offiziere bleiben können, ist keine Spezialität der deutschen Armee. Ob einst Prinz Ardenberg seinen Leutnant in dem Behn eines Schwarzen herumdrückte, ob der französische Leutnant Bénére in Afrika die deutschen Gefangenen sibirisch peinigete, ob ein englischer General jetzt in Indien ein paar tausend unbewaffneter Eingeborenen mit Maschinengewehren zusammenknechten läßt oder ob der Oberleutnant Müller seine Untergebenen schändet und verreden läßt, das scheint mir eifrig nutzlos auf derselben Höhe zu stehen. Der Militarismus ist überall der Boden, auf dem die Gemeinheit zeit emporschneidet. Nachdem er das Militär angezeigt, in dem die bestialischen Verfehlungen so prächtig gedeihen, kommt er über das Verfahren gegen Müller zu dem Urteil, es ist eine Schande für die deutsche Republik, ist eine Schande für die Regierung dieser Republik. Denn diese Regierung ist letzten Endes verantwortlich für das Urteil. Die Tat Müllers ist keine Spezialität des deutschen Heeres. Über eine Spezialität dieses Heeres ist das Gericht, das diese Tat abgeurteilt, ist der Geist, der dieses Urteil bestimmt hat. Sehr energisch wendet sich v. Gerlach gegen die deutsche Militärgerichtsbarkeit und gegen die Regierung, die nicht von ihr lassen will. Daß wir die Militärjustiz noch haben, sei abschließlich böser Wille oder mangelnde Energie. Für die mangelhafte Unterlassungsstunden müge es noch Entschuldigungsgründe geben. Er verteidigt sogar die Schen mehrheitssozialistischer Machthaber, „vor der Verantwortung für wirtschaftspolitische Experimente im Augenblick tiefer wirtschaftlicher Depression“, wenn er diese Jaghaftigkeit auch nicht billige. Aber für die Erhaltung der Militärjustiz gebe es keine Gründe. Die Aufhebung der Militärjustiz ist eine uralte Forderung, nicht bloß der Sozialdemokratie, sondern auch der bürgerlichen Demokratie. Diese Forderung könnte seit vielen Monaten verwirklicht sein. Bei autem Willen wäre die Militärjustiz in 14 Tagen zu „abolieren“. Aber an diesem guten Willen gebricht es ja gerade. Möge wollte nicht. Und seine Ministerkollegen klagen sich dem Nichtwissen dieses wahren Beherrschers des Kabinetts. Warum wollte nicht? Entweder ist er selbst so stark vom Geist des alten preussischen Militarismus infiziert, oder er wart es nicht, gegenüber dem Widerstand des in seiner riesigen Mehrheit noch immer reaktionären Offizierskorps. Eins so schämen wie das andere. Das eine muß ihn als „sozialistischer“ Reichswehrminister genau so disqualifizieren wie das andere.

Der sinkende Wert der dänischen Krone.

Auch Dänemark, dessen Valuta während des ganzen Krieges unter den Werken der andern Staaten eine statische Höhe einnahm, beginnt jetzt mit Valutawirtschaften zu kämpfen. Besonders ist der Dollarkurs von seiner normalen Notierung mit 2,72

Kronen auf 5,00 Kronen. Nur gegenüber den Staaten, die sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befinden, wie Frankreich und Deutschland, vermag die dänische Währung ihre glänzende Position zu behaupten.

Die goldenen Jahre des Krieges sind vorüber, in denen die Millionen nach Dänemark rollten und dem Lande günstige Zahlungsmöglichkeiten verschafften, nun geht der Goldstrom den entgegen gesetzten Weg. Für eine kurze Zeit war es Dänemark gelungen, schuldlos dem Auslande gegenüberzutreten und alle in fremden Händen befindlichen Obligationen zurückzukaufen. Jetzt, wo Dänemark sich gezwungen sieht, sich neue Kredite bei andern Staaten zu beschaffen, zeigt es sich, daß es besser gewesen wäre, einen Teil der Mißstände zu unterlassen.

Durch eine mißgünstige Spekulation, in die Dänemark sich eingelassen hat, zeigt die Handelsbilanz jetzt ein Defizit von Milliarden von Kronen. Dänemark hatte zu einer Zeit, da sein Exporthandel den Schlag, den ihm der Krieg in seiner letzten Phase zugefügt hatte, noch bei weitem nicht überwunden hatte, ungeheure Warenmengen von Amerika und England importiert, die nach einem stets steigenden Valutakurs sofort bar bezahlt werden mußten. Ein Teil der Waren war für den Inlandsverbrauch bestimmt, wo ein sehr begünstigtes und kaufkräftiges Publikum große Mengen von Luxusartikeln erwarb. Ein großer Teil der Waren aber war für den Export nach Deutschland, den Ostseeprovinzen und Rußland erworben worden. Es zeigte sich, daß in all diesen Ländern zwar eine außerordentlich große Kaufkraft vorhanden war, aber die Zahlungsmöglichkeiten fehlten. Der Kauf der Waren gegen Barzahlung nach einem unverhältnismäßig hohen Kurs auf der einen Seite und der Verkauf an Staaten mit einer äußerst schlechten Valuta andererseits aber ist ein Geschäftsprinzip, das sich unmöglich durchführen läßt.

Dänemark mußte deshalb große Warenmengen aufspeichern — die Spekulation ist mißglückt! Trotzdem geht der Export von Waren her von mehr und minder nützlichen Waren in unverändert hohem Maße weiter, während die ausländische Valuta ungeheuerlich steigt. Es wird deshalb ernsthaft erwogen, ob es möglich ist, den freien Handel aufrechtzuerhalten. Eine Kontrolle des Imports und der Anwendung der Zahlungsmittel des Landes bleibt unbedingt notwendig. Die dänische Nationalbank hat deshalb die Vertreter der Regierung, des Handels und der Finanzwelt zu einer Sitzung zusammenberufen, auf der über diese Dinge beraten werden soll. Es wird vermutlich ein Finanzrat eingesetzt werden, der den Valutahandel überwachen soll und der bestimmt, welche Mengen und welche Art von Waren eingeführt werden dürfen.

Das wird nicht für ausreichend erachtet. Der Export muß soviel als möglich eingeschränkt werden und es dürfen nur die absolut notwendigen Waren eingeführt werden. Dagegen soll eine Erhöhung des Exportes angestrebt werden. Die schon so oft ausgesprochene Parole: Wir wissen weniger verbrauchen und mehr schaffen! hat noch immer eine sehr geringe Wirkung gezeigt.

Wenn die Aufforderung zu einer freiwilligen Einschränkung resultatlos erscheint, werden sich staatliche Veranlassungen als notwendig erweisen. Möglicherweise wird man wieder zu einer Nationalisierung gewisser Waren, die bereits freigegeben waren, schreiten müssen.

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei zur Diktatur des Proletariats.

Die Unabhängige Arbeiterpartei in England hat ein interessantes Memorandum über „Sozialismus und Regierung“ herausgegeben. Das Memorandum, das vom Labour Leader veröffentlicht wird, sollte der Internationalen Konferenz zu Vorn vorgelegt werden. Folgende Fragen wurden unterzucht: „Ist eine revolutionäre Diktatur des Proletariats nötig als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus?“ und „Ist die Sowjet-Regierungsform die einzige Form, die es dem Proletariat ermöglicht, politische Macht auszuüben?“ Beide Fragen werden mit ausführlicher Begründung beantwortet. Die Unabhängige Arbeiterpartei geht bei ihrer Betrachtung von dem politischen und wirtschaftlichen Leben Englands aus und sie legt dar:

Eine revolutionäre Diktatur des Proletariats braucht nicht nötig zu sein für die Umwandlung vom Kapitalismus zum Sozialismus. Aber ob zu ihr übergegangen werden muß oder nicht, hängt einzig und allein von der Politik der Kapitalisten selbst und nicht von den politischen Notwendigkeiten des Sozialismus ab. Sozialisten sollten den kapitalistischen Interessen und Plänen nicht erlauben, die sozialistische Propaganda und Methoden abzulenken. Das wird in den am meisten politisch demokratischen Ländern nur die Hände der Reaktion stärken, und in Ländern, die gut ausgerüstet mit militärischen Waffen sind, wird es nur zu Massakern, nicht zur Revolution führen.

Die Sowjet-Regierungsform kann die U. A. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) nicht als die beste Form für eine industrielle Demokratie anerkennen, aber sie gibt zu, daß sie eine sehr wirksame revolutionäre Form sein könne. Unter andern bemängelt das Memorandum, daß das Sowjetregime eine Methode indirekter Wahlen nötig mache, so daß die zentrale Regierungsautorität keine direkte Verantwortung für ihre Handlungen dem Volke gegenüber habe. Weiter glaubt die U. A. P., daß die Ausmerzung der bürgerlichen parasitären Klasse durch wirtschaftliche Mittel erfolgen werde, sobald wir den Sozialismus erreichen, und daß sie wirkungsvoll nicht auf andre Weise herbeigeführt werden könne. Sie hält es für kurzfristig, die vom revolutionären Rußland vorgezeichneten Pläne zu verfolgen. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß ohne die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch sozialistische Propaganda und ohne daß Sozialisten als Vertreter in öffentliche Körperschaften gewählt werden, keine sichere Grundlage für den sozialistischen Staat gelegt werden könne.

Das Memorandum behandelt noch die Frage der direkten Aktion. Die Partei verweist die direkte Aktion als einen Versuch für parlamentarische Aktion, aber sie sieht sie als eine Waffe unter andern an, die zu benutzen die Reaktionen zwingen könne.

Ob zur Diktatur des Proletariats übergegangen werden muß oder nicht, hängt einzig und allein von der Politik der Kapitalisten selbst ab, erklärt die U. A. P. Die U. A. P. in Deutschland hat aus dem bisherigen Verlauf der Revolution die einzig richtige Lehre gezogen, daß ohne Diktatur des Proletariats die Durchföhrung der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsorganisation nicht möglich ist. Wenn die Klassenbewußten englischen Arbeiter einmal Gelegenheit bekommen würden, sich praktisch mit den Problemen der Ueberföhrung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsform zu befassen, würden sie sehr bald einsehen, daß auch sie ohne Diktatur des Proletariats nicht auskommen.

Aus der Partei.

Ein neuer Minister. Die Organisation der U. A. P. unaufföhrlich an Mittelstern gewinnt, so vergrößert sich auch dauernd ihre Parteipresse. Sie hat abermals einen neuen Mitkämpfer für die Ziele des revolutionären Proletariats bekommen; und zwar in der Deutschen Arbeiterzeitung, die in Kassel seit Anfang Dezember des vergangenen Jahres wochentlich erscheint!

Ein neuer Kämpfer am Mittelrhein. Seit dem 1. Januar kommt die in Köln bisher zweimal wöchentlich erscheinende Sozialistische Republik als Tageszeitung heraus. Ein Beweis, daß auch im dunklen Rheinland unsere Bewegung mächtig vorwärts schreitet! Wir wünschen dem neuen Kämpfer bestes Gelingen.

